

---

# Migration und Migrationspolitik in Europa

Paul Gans und Andreas Pott

---

## Zusammenfassung

Der Beitrag zeichnet die vielschichtige Entwicklung internationaler Migrationen in, aus und nach Europa von den 1940er Jahren bis heute sowie die mit ihnen verknüpften demografischen und politischen Veränderungen nach. Besonderes Augenmerk wird auf die räumlichen Muster von Migration und Migrationspolitik gelegt, die als Produkte und Medium sich wandelnder Migrationsregime verstanden werden.

---

## Schlüsselbegriffe

Neue Geographien der Migration, Pluralisierung der Wanderungsformen, Diversifizierung der Wohnbevölkerung, EU-Außengrenze, Migrations- und Asylpolitik

Die Entwicklung der europäischen Gesellschaften ist untrennbar mit internationalen Migrationen verknüpft. Wanderungen in, aus und nach Europa nahmen im Verlauf der Geschichte viele Formen an: Auf der Suche nach Arbeit und besseren Lebensbedingungen wanderten Menschen von agrarischen Peripherien in wirtschaftlich prosperierende Räume, erschlossen neue Siedlungsgebiete oder von Kriegen verwüstete Landstriche. In den Zielländern wurde die Bevölkerung vielfältiger; es wurden soziale Grenzen überschritten und entwickelten sich neue ethnische Identitäten, die bis heute, nicht nur in politischen Krisen, nachwirken (vgl. Bade et al. 2010; de Lange et al. 2014).

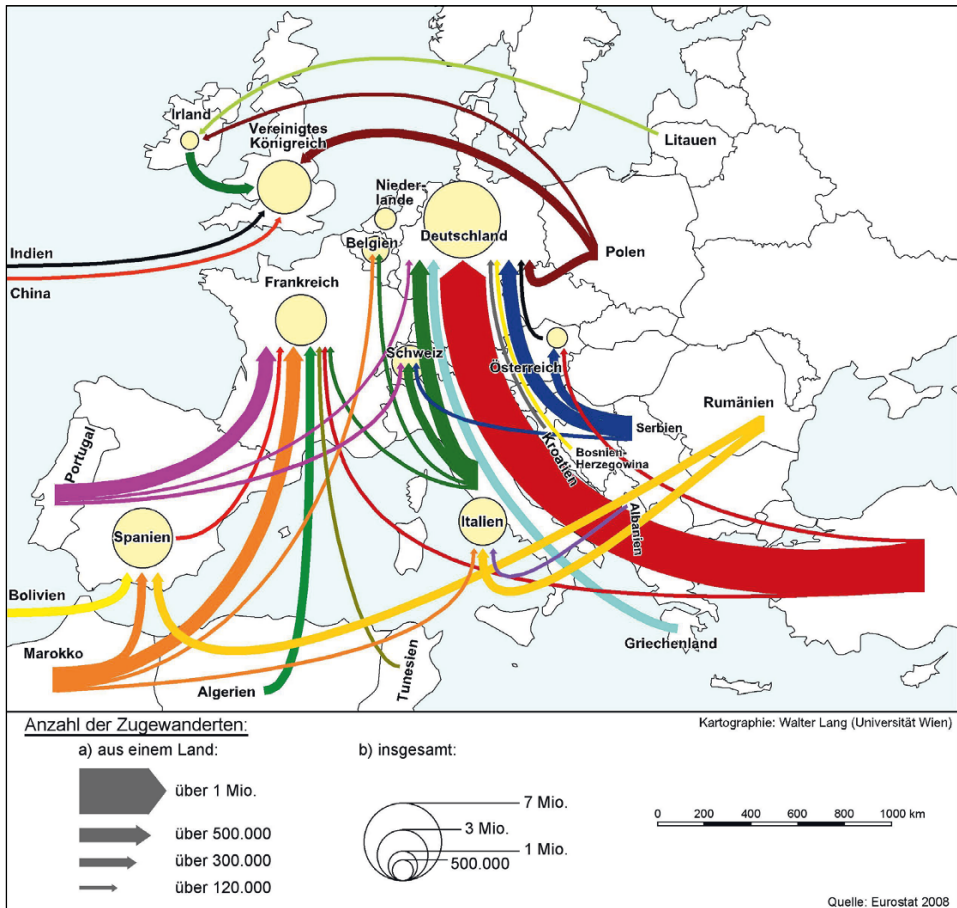
Lange Zeit war Europa, insgesamt betrachtet, ein Auswanderungskontinent. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum frühen 20. Jahrhundert verließen über 50 Millionen Menschen Europa in Richtung Übersee, davon ca. 30 Millionen in die Vereinigten Staaten (vgl. Fassmann/Münz 1996: 13). In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, im Kontext der beiden Weltkriege, bestimmten Flucht und Vertreibung die Wanderungen in Europa. Schätzungen gehen von über 50 Millionen Menschen aus, die während des Zweiten

Weltkriege und in der unmittelbaren Nachkriegszeit fliehen mussten (vgl. Oltmer 2011; Santel 1995: 53).

In den 1950er Jahren veränderte sich das Migrationsgeschehen in Europa (vgl. Oltmer 2015). Im Zuge postkolonialer Rück- und Zuwanderungen nach dem Ende des europäischen Kolonialzeitalters (vgl. Kap. 1) sowie infolge der gezielten Anwerbung von „Gastarbeitern“ aus der südeuropäischen Peripherie wurden die Staaten nördlich der Alpen und Pyrenäen zu Einwanderungsländern (vgl. Kap. 2), sie überschritten den „Tipping Point“ von einem negativem zu einem positivem Wanderungssaldo (vgl. Fassmann 2009). In Ost-West- bzw. West-Ost-Richtung behinderte dagegen die Konfrontation der politischen Systeme Migrationen weitgehend.

Diese erste Phase der europäischen Nachkriegsmigration endete Anfang der 1970er Jahre mit dem Anwerbestopp für „Gastarbeiter“ und der Einführung restriktiver Zuwanderungspolitik. In der Folge veränderten sich auch die geographischen Muster der Migration. Die bis dahin deutliche Zweiteilung innerhalb Europas zwischen Einwanderungsländern im Norden und Auswanderungsländern im Süden löste sich auf, als ab dem Ende der 1970er Jahre die südeuropäischen Staaten Zuzugsüberschüsse verzeichneten. Im Laufe der 1980er und 1990er Jahre durchliefen auch sie die Transition zu Einwanderungsländern (vgl. Kap. 3.2).

Seit den 1980er Jahren pluralisierte sich das Migrationsgeschehen in Europa. Eine neue Phase der europäischen Migration, die häufig als „new migration“ (vgl. Koser/Lutz 1998) bezeichnet wird, begann. Die Entwicklung hin zu einer Pluralisierung und „Globalisierung der Migration“ (vgl. Castles et al. 2014: 10) gewann ab den 1990er Jahren deutlich an Dynamik. Folgenreich waren der Fall des Eisernen Vorhangs und die damit einhergehenden geopolitischen und ökonomischen Transformationen (vgl. Kap. 3.1). Neben den ehemaligen „Ostblock“-Ländern kamen neue Herkunftsregionen hinzu oder gewannen an Bedeutung, beispielsweise Lateinamerika, Süd- oder Ostasien. Auch die Zielrichtungen der Wanderungen veränderten sich: Migranten aus mittel- und osteuropäischen Ländern wanderten seit Mitte der 1990er Jahre häufig in südeuropäische Länder, während einige der ehemaligen „Ostblock“-Staaten selbst zu Zielen internationaler Migrationen wurden. Die traditionelle und simple Unterscheidung zwischen Einwanderungs- und Auswanderungsländern ist auch angesichts der neuen Wohlstandsmigrationen von Ruheständlern aus den Ländern nördlich der Alpen und Pyrenäen an die Küsten Spaniens, Italiens oder der Türkei nicht mehr zutreffend. Vielfältiger werden in den letzten beiden Jahrzehnten außerdem die Formen der Migration sowie die sozioökonomischen Profile der Migranten (vgl. Kap. 5). Die vielschichtigen Veränderungen seit den 1990er Jahren brachten insgesamt eine qualitativ „neue Karte der europäischen Migration“ (vgl. King 2002) hervor, die als Resultat eines komplexen Zusammenspiels (geo-)politischer, ökonomischer, sozialer und demografischer Faktoren weit weniger klar und übersichtlich ist als die „alte“ Geographie der Migration in den Nachkriegsjahrzehnten (vgl. Abb. 1; Kap. 4). Die Heterogenität der Wanderungsbewegungen erhöht sich in jüngster Zeit noch einmal deutlich infolge zunehmender studentischer Mobilität in und nach Europa, der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008/09 sowie der kriegerischen Auseinandersetzungen und politischen Instabilitäten im Nahen Osten, in Afrika und in Osteuropa.



**Abb. 1** Die wichtigsten europäischen Migrationen von der „Gastarbeiter“-Migration bis heute, differenziert nach Herkunfts- und Zielgebieten

Quelle: verändert nach Fassmann (2009: 22)

Auch Europa selbst wandelte sich im Zuge der Europäischen Integration und der Schaffung eines gemeinsamen EU-Binnenraumes. Die Grenzen des Migrationsraums Europa werden immer deutlicher durch die politischen Grenzen der EU markiert. Die Konstruktion der EU-Außengrenzen produziert eine historisch neue Trennlinie zwischen europäischer „Binnenmigration“, von der Europäischen Kommission oft als „Mobilität“ bezeichnet, und der internationalen Migration von „Drittstaatsangehörigen“ nach Europa. Um diese Grenze mit ihrer definitorischen Differenzierung von EU-Binnen- und EU-Außenwanderungen geht es im Kern bei den Diskussionen um eine gemeinsame Migrations- und Asylpolitik sowie die Sicherung der EU-Außengrenze (vgl. Kap. 6).

Die hier einleitend zusammengefassten Merkmale und Veränderungen der Migration in, aus und nach Europa werden nachfolgend in einer Verbindung von entwicklungsgeschichtlicher und migrationsgeographischer Perspektive genauer dargestellt und nachgezeichnet. Getragen werden die Ausführungen von der Annahme der konstitutiven Bedeutung von Migration für den demografischen *und* gesellschaftlichen Wandel Europas. In diesem Zusammenhang kommt der Migrationspolitik eine zentrale Bedeutung zu, da die durch sie festgelegten Regelungen die bevölkerungsstrukturelle Diversität beeinflussen (können).

---

## **1 Wanderungen infolge der Dekolonisation**

Eine wichtige Dynamik, welche die Migrationsverhältnisse in Europa in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg prägte und bis heute nachwirkt, hat ihren Ursprung in der Auflösung der europäischen Kolonien in Asien und Afrika. Die Dekolonisation initiierte und rahmte mehrere, ineinander übergehende Migrationen in die ehemaligen europäischen Kolonialmächte. Es entwickelten sich Migrantennetzwerke, die bis heute die nationale Zusammensetzung der Zuwanderung beeinflussen.

Ab den 1940er Jahren kehrten europäische Siedler, Kolonialbeamte und Soldaten in die kolonialen „Mutterländer“ zurück. Mit und nach ihnen folgten „nicht-europäische“ Angehörige, die für die Kolonialmächte gearbeitet hatten. Die größten Rückwanderungen fanden in den 1950er und 1960er Jahren statt und führten beispielsweise aus Indien, Kenia und Malaysia nach Großbritannien, aus Nordafrika nach Frankreich und Italien, aus Indonesien in die Niederlande und aus dem Kongo nach Belgien. Mitte der 1970er Jahre erreichte die postkoloniale Rückwanderungswelle auch Portugal. Schätzungen gehen von 5,5 bis 8,5 Millionen Menschen aus, die im Zuge der kolonialen Rückwanderungen in Europa eintrafen. Mehr als eine Million Personen umfasste allein die Gruppe von Algerien-Franzosen („pieds noirs“), algerischen Kollaborateuren („harkis“) und algerischen Juden, die nach Frankreich wanderten (vgl. Bade 2000: 308).

Auch nach der Dekolonisation setzten sich die Wanderungen aus den früheren Kolonialgebieten fort. Die große Nachfrage der ehemaligen „Mutterländer“ nach billigen Arbeitskräften in den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs einerseits sowie Armut und prekäre Lebensbedingungen in den Herkunftsländern in Asien und Afrika andererseits gaben den Anstoß für die postkoloniale Arbeitsmigration. Unterstützt wurde die Zuwanderung durch soziale Netzwerke der Migranten, die gemeinsame Sprache sowie die bestehenden Verkehrsverbindungen zwischen ehemaligen Kolonien und europäischen „Mutterländern“. Zu Beginn erleichterten zudem recht offene politische und rechtliche Rahmenbedingungen die Migration. So besaßen die kolonialen Zuwanderer zum Teil die Staatsbürgerschaft der „Mutterländer“ oder erfuhren bevorzugte Behandlung bei der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen, zudem gab es Eingliederungsprogramme für koloniale Rückwanderer (vgl. Fassmann/Münz 1996: 19; Bade 2000: 309). Für die postkolonialen Migrationen spielten neben den wirtschaftlichen auch die politischen Interessen

der ehemaligen Kolonialmächte eine Rolle, welche die Verbindungen zu ihren früheren Kolonien nicht verlieren wollten (vgl. Bonifazi 2008: 115).

Erste Versuche der europäischen Länder, die Zuwanderung aus den ehemaligen Kolonialgebieten zu beschränken, wurden bereits in den 1960er Jahren unternommen (so in Großbritannien mit dem „Commonwealth Immigrants Act“ von 1962). Anfang der 1970er Jahre, als in den nord- und westeuropäischen Ländern generell restriktive Einwanderungspolitiken eingeführt wurden, verschärften sich auch die Zuwanderungsbestimmungen für Bürger der ehemaligen Kolonien. Die postkolonialen Migrationen setzten sich jedoch über andere Zuwanderungsformen wie Familiennachzug, Asylmigration oder auch irreguläre Zuwanderung fort. Im Laufe der Jahrzehnte veränderte sich dadurch die Bevölkerungsstruktur in den europäischen Ländern mit Kolonialgeschichte deutlich. Es entstanden erstmals in größerem Umfang „sichtbare Minderheiten“. Die Ergebnisse des Zensus 2011 für England und Wales sind ein Beleg für diese Migrationsgeschichte und veranschaulichen zugleich die wachsende Diversität und die Schwierigkeit der angemessenen Erfassung der Wohnbevölkerung eines Landes nach ethnischen Merkmalen (vgl. Supik 2014).

Seit 1991 wird zum Zensus von Großbritannien eine Frage nach der Ethnizität gestellt. Eine solche Erhebung, die auf der Selbsteinschätzung der Befragten nach vorgegebenen Herkunfts- und Identitätskategorien basiert, ist umstritten, da das Verständnis von Ethnizität sowohl individuell als auch ideologisch geprägt und außerdem Änderungen im Zeitverlauf unterworfen ist. 1991 lautete die Frage: „Which ethnicity group do you descent from: White; Black-Caribbean; Black-African; Black-Other; Indian; Pakistani and Chinese?“ 2001 wurde nach „your ethnic group in terms of cultural background“ gefragt und wurden Herkunfts- und Identitätskategorien ergänzt. 2011 wurde „your ethnic group or background“ erfragt und wiederum die Vorgaben ergänzt (vgl. Tab. 1):

- 2011 lag der Anteil der weißen Bevölkerung mit britischer Staatsangehörigkeit bei 80,5 Prozent (2001: 87,5 %).
- Die aus Indien stammenden Einwohner ersetzten 2011 die Iren als zahlenmäßig stärkste Minderheit, zweitstärkste Gruppe waren die Polen, deren Zahl sich seit 2001 von 58 000 auf 579 000 verzehnfachte.
- Der Anteil der im Ausland geborenen Personen erhöhte sich von 9,0 (2001) auf 13,4 Prozent (2011).
- Die Bevölkerung, die 2011 als Herkunft ehemalige britische Kolonien wie Indien, Pakistan, Bangladesch oder die Karibik nennt, weist einen relativ niedrigen Anteil von Personen auf, die im Ausland geboren sind. Im Vergleich dazu ist dieser Anteil für die Gruppe „other white“, Chinesen, „other Asian“, „African“ sowie nicht genauer spezifizierte Gruppen („other ethnic groups“, z. B. Personen aus dem arabisch geprägten Raum) deutlich höher, was für eine rezente Zuwanderung eines großen Teils der Personen aus diesen Gruppen spricht.
- 2011 ist die Bevölkerungsstruktur, vor allem in den städtischen Zentren, ethnisch diversifiziert, am stärksten in London. Von den dort lebenden 8,2 Millionen Einwohnern zählen nur 45 Prozent zur Gruppe „British white“, es handelt sich also um eine „majority

minority city“ (Crul 2015), in der die Bevölkerungsmehrheit aus Minderheiten besteht. In den ländlichen Gebieten Großbritanniens sind die ethnischen Minderheiten unterrepräsentiert. Allerdings erfolgte dort wie im suburbanen Umland der Städte seit 2001 ein überdurchschnittliches Wachstum dieser Bevölkerungsgruppen.

Unabhängig von der zukünftigen Zuwanderung wird sich die Diversität der Bevölkerungsstruktur in Großbritannien ähnlich wie in anderen europäischen Ländern in Zukunft weiter erhöhen. Dieser Trend folgt aus der unterschiedlichen Altersstruktur und dem Nebeneinander verschiedener demografischer Regime der einzelnen ethnischen Gruppen (vgl. Coleman 2010).

**Tab. 1** Die Bevölkerung in England und Wales nach Herkunftskategorien des britischen Zensus (2011)

ethnic groups	Anzahl in Tausend	Anteil in Prozent an der	
		Gesamtbevölkerung	im Ausland geborenen Personen der jeweiligen ethnischen Gruppe
white	48 211	86,0	7,1
British white	45 135	80,5	2,1
other white (z. B. Irish, Gypsy)	3 076	5,5	80,9
mixed or multiple ethnic groups	1 224	2,2	19,5
Asian or Asian British	4 212	7,5	58,0
Indian	1 413	2,5	57,1
Pakistani	1 124	2,0	43,9
Bangladeshi	447	0,8	48,1
Chinese	393	0,7	76,3
other Asian	835	1,5	75,2
Black/African/Caribbean/Black British	1 865	3,3	53,2
African	989	1,8	67,3
Caribbean	595	1,1	39,8
other Black	281	0,5	31,7
other ethnic groups	563	1,0	70,2
all minority ethnic population	7 864	14,0	51,7
all population	56 076	100,0	13,4

Quelle: [http://www.ons.gov.uk/dcp171776\\_407038.pdf](http://www.ons.gov.uk/dcp171776_407038.pdf) (Zugriff: 25.11.15)

Die kolonialen und postkolonialen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Beziehungen sind in den jeweiligen Ländern Europas bis heute in der Struktur der Wohnbevölkerung zu erkennen (vgl. Abb. 6; 7). So kommen beispielsweise Pakistaner und Inder zum Studium nach Großbritannien, da sie dort nicht nur die Sprache beherrschen und das Bildungssystem kennen, sondern oft auch Verwandte und Freunde haben. Senegalesen

oder Algerier zieht es aus vergleichbaren Gründen häufig nach Frankreich, Kapverdier und Angolaner nach Portugal.

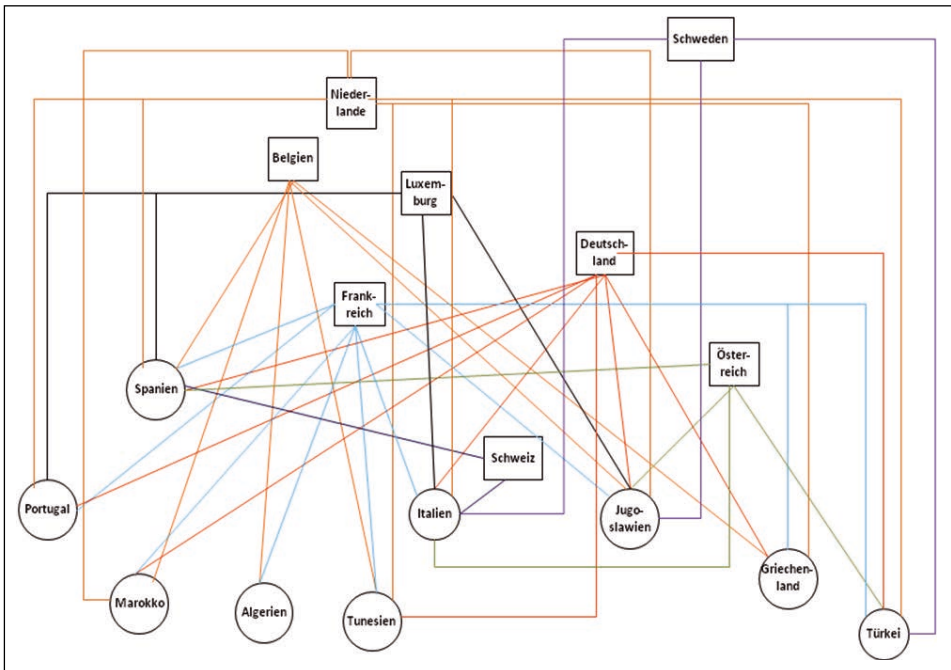
---

## 2 „Gastarbeiter“-Migration in den Nachkriegsjahrzehnten

Die nach dem Zweiten Weltkrieg umfangreichsten Migrationen in Europa wurden durch die Anwerbung von so genannten „Gastarbeitern“ ausgelöst. Aufgrund der schnell wachsenden Wirtschaft und der fordistischen Industrieproduktion entstand ein hoher Bedarf an billigen und niedrig qualifizierten Arbeitskräften in den west- und nordeuropäischen Industrieländern, ein Bedarf, der über die nationalen Arbeitsmärkte nicht gedeckt werden konnte. Dem stand ein Überschuss an Arbeitskräften in der geographischen und wirtschaftlichen Peripherie Europas, vor allem in den Ländern des Mittelmeerraums, gegenüber, den die dortigen Arbeitsmärkte aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche nicht aufnehmen konnten. Die Rekrutierung von Arbeitskräften über bilaterale Anwerbeabkommen fand somit in beiderseitigem Interesse statt.

Bereits in den ersten Nachkriegsjahren begannen Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Schweiz und die Niederlande, Arbeitskräfte aus Italien anzuwerben. Österreich, Schweden und Deutschland kamen zu den anwerbenden Ländern hinzu. In der ersten Phase der Gastarbeitermigration war Italien das wichtigste Herkunftsland von Arbeitskräften. Weitere Anwerbeabkommen wurden in der Folge mit Spanien, Griechenland, Portugal, dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei, mit Marokko und Tunesien geschlossen. Auf diesem Netz von bilateralen Anwerbeverträgen aufbauend entstand innerhalb der 1950er und 1960er Jahre ein Arbeitsmigrationsregime mit dem Zentrum West- und Mitteleuropa (vgl. Abb. 1), in das ein Kern von 18 Staaten involviert war, zeitweise gar mehr als 20 (vgl. Rass 2010: 9; Abb. 2). Die geographische Ausdehnung des Migrationsregimes wie die Wanderungsintensität erreichten zwischen 1967 und 1972 ihren Höhepunkt (vgl. Rass 2010: 23). Die Herkunftsländer der Arbeitsmigranten variierten in ihrer Bedeutung für die verschiedenen europäischen Aufnahmeländer. Neben historisch bedingten Migrationsbeziehungen spielten dabei auch der jeweilige Zeitpunkt der Anwerbung und die verfügbaren Kontingente an Arbeitskräften in den Entsendeländern eine Rolle. Nach Frankreich beispielsweise kamen die größten Zuwanderergruppen aus Portugal, Spanien und Italien sowie aus den nordafrikanischen Maghreb-Staaten, nach Deutschland zunächst aus Italien und ab Ende der 1960er Jahre vor allem aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien, während in den Niederlanden Zuwanderungen aus der Türkei und Marokko dominierten (vgl. Bade 2000: 333ff.). Besondere Fälle unter den Aufnahmeländern waren Schweden, das in erster Linie finnische Arbeitskräfte anwarb, und Großbritannien, das seinen Arbeitskräftebedarf, neben der postkolonialen Migration, durch die traditionelle Arbeitsmigration aus Irland deckte. Die damals prägenden Migrationsbeziehungen spiegeln sich heute noch in der Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit dieser Länder wider (vgl. Abb. 7).





**Abb. 2** Die wichtigsten Anwerbeabkommen (1948–1973)\* und das darauf aufbauende europäische Arbeitsmigrationsregime

\* Die Grafik zeigt die Anwerbeabkommen unabhängig von ihrem Zeitpunkt und ihrer Gültigkeitsdauer.  
Quelle: nach Rass (2010: 492)

Innerhalb der Entsendeländer stammten die Arbeitsmigranten zumeist aus armen, ländlichen Regionen, beispielsweise aus Süditalien, dem westlichen und südlichen Spanien oder dem nördlichen Griechenland (vgl. Bade 2000: 315). Sie verließen ihre Regionen in erster Linie in der Hoffnung auf bessere ökonomische Perspektiven in den nördlichen Industrieländern. Auf der Suche nach Arbeit und höheren Verdienstmöglichkeiten zog es auch innerhalb der Auswanderungsländer viele Menschen von der agrarisch geprägten Peripherie in die urbanen Zentren, und so kam es zeitgleich mit den internationalen Wanderungen zu umfänglichen Binnen- und Land-Stadt-Wanderungen (vgl. King 2000: 5).

Die Gruppe der Arbeitsmigranten bestand mehrheitlich aus jungen, formal gering oder gar nicht qualifizierten Männern, die in den Industrieländern die „harten“, „dreckigen“ und für einheimische Arbeitskräfte immer weniger attraktiven Tätigkeiten ausübten, wie Fließbandmontage, Arbeiten in der Textil- und Schwerindustrie, in der Landwirtschaft, am Bau oder im Reinigungssektor. Es gab auch weibliche „Gastarbeiter“, wenn sie auch zahlenmäßig klar in der Minderheit blieben. So waren nach 1967 etwa ein Drittel der aus der Türkei in die Bundesrepublik Deutschland zuwandernden Arbeitskräfte Frauen (vgl. Bade 2000: 334). Neben der durch bilaterale Abkommen ermöglichten institutionalisierten



Anwerbung einer „Reservearmee“ von Arbeitskräften fand auch unregulierte Arbeitsmigration statt. Beispielsweise reiste die Mehrheit der spanischen und portugiesischen Arbeiter in Frankreich spontan mit Touristenvisum ein und „regularisierte“ den Aufenthalt erst nach der Aufnahme einer Beschäftigung (vgl. Bade 2000: 342f.). In Deutschland konnten Türken über den Flughafen Schönefeld in der DDR ohne Kontrollen nach Berlin-West einreisen (vgl. Gans/Schlömer 2014: 133).

Ausländische Arbeitskräfte wurden nicht nur in den westeuropäischen Ländern rekrutiert. Der Blick auf die Arbeitsmigrationen der Nachkriegsjahrzehnte vernachlässigt häufig, dass in der DDR ab den 1960er Jahren ebenfalls mehrere zehntausend sogenannte „Vertragsarbeiter“, unter anderem aus Vietnam, Mosambik und Kuba, beschäftigt waren. Ein striktes Rotationsprinzip verhinderte längere Aufenthalte und schloss den Nachzug von Familien aus (vgl. Gruner-Domić 2007; Gans/Schlömer 2014: 135f.). Im Gegensatz zur mehrheitlich dauerhaften Zuwanderung aus den ehemaligen Kolonien und Überseegebieten war die westeuropäische Gastarbeitermigration über Anwerbeabkommen auf Zeit angelegt. Nicht nur die Zielländer gingen davon aus, dass die „Gastarbeiter“ nach einigen Jahren wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden, auch die Migranten selbst verfolgten zunächst eher kurzfristige Migrationsprojekte.

In den 1950er und 1960er Jahren war das politische Klima gegenüber internationalen Zuwanderern in den Ländern des europäischen Arbeitsmigrationsregimes noch positiv. Die Migration von Arbeitskräften lag im Interesse sowohl der Aufnahme- als auch der Entsendeländer: Die prosperierenden europäischen Industrieländer nördlich von Alpen und Pyrenäen profitierten von den billigen Arbeitskräften, die ihnen weiteres Wirtschaftswachstum ermöglichten, während die südeuropäischen Staaten ihr überschüssiges Arbeitskräftekontingent „exportieren“ konnten und durch die Rücküberweisungen der migrierten Arbeiter Devisen ins Land kamen. Jenseits der jeweiligen nationalen Interessen erhoffte man sich von den Migrationsbeziehungen außerdem eine Förderung des wirtschaftlichen Zusammenwachsens Europas – eine Intention, die sich auch in der Einführung des Freizügigkeitsprinzips für Arbeitnehmer der EWG-Staaten 1957 und dessen sukzessiver Ausweitung widerspiegelte (vgl. Bonifazi 2008: 116; Kap. 6).

Die Phase des breiten politischen Interesses an den Arbeitskräftewanderungen endete Anfang der 1970er Jahre. 1973/74 beschlossen die Anwerbeländer einen Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte, welcher der umfangreichen institutionalisierten Arbeitsmigration in Europa ein abruptes Ende setzte. Nach mehr als zwei Jahrzehnten der Gastarbeitermigration war die Zahl internationaler Migranten in den Staaten West-, Mittel- und Nordeuropas bis 1975 auf über 15 Millionen angestiegen (vgl. Bonifazi 2008: 112). Im Zeitraum zwischen 1960 bis 1973 waren insgesamt ca. 30 Millionen Menschen vom Regime der Arbeitsmigration erfasst (vgl. Rass 2010: 9).

Als Anlass für die Einführung restriktiver Einwanderungspolitiken wird häufig die „Ölkrise“ 1973/74 genannt. Zum Teil waren die Einwanderungsmöglichkeiten allerdings auch schon früher beschränkt worden – in Großbritannien ab 1962, in der Schweiz ab 1970 und in Schweden ab 1972. Die Ursache für den Anwerbestopp lag vor allem in zwei Entwicklungen: Zum einen kam es seit den 1970er Jahren zu weitreichenden Transformationen

der globalen Wirtschaft (vgl. Castles et al. 2014). 1973 wurde das Bretton-Woods-System aufgegeben, die dadurch bewirkten Aufwertungen europäischer Währungen gegenüber dem US-Dollar lösten in den europäischen Industrieländern in Verbindung mit Lohnsteigerungen, die höher als die Produktivitätsfortschritte waren, eine De-Industrialisierung und Verlangsamung des Wirtschaftswachstums aus. In der Folge sank der Bedarf an niedrig qualifizierten Arbeitskräften für die industrielle Produktion. Zum anderen zeichnete sich gegen Ende der 1960er Jahre ab, dass die als kurzfristig gedachten Arbeitsaufenthalte sich zunehmend zu längerfristigen Aufenthalten verfestigten und die „Gastarbeiter“ begannen, ihre Familien nachzuholen. Dies nährte die Befürchtung, dass sich die als temporär geplante Arbeitsmigration in eine dauerhafte Einwanderungssituation verwandeln und langfristige soziale Folgen haben könnte (vgl. Bade 2000: 320).

Trotz des generellen Anwerbestopps für Arbeitsmigranten kam es nicht zu dem politisch erhofften Ende der Zuwanderung. Migrationen fanden weiterhin, nun in veränderter Form statt. Eine Hauptquelle der Zuwanderung ab Mitte der 1970er Jahre war der noch mögliche und durch Gesetzesänderungen faktisch forcierte Familiennachzug (z. B. wurde in Deutschland ab 1975 das Kindergeld für im Herkunftsland lebende Kinder ausländischer Arbeitnehmer deutlich reduziert; Hunn 2005: 374ff.). Das vor den 1970er Jahren etablierte europäische Arbeitsmigrationsregime beeinflusste durch die Wirkung von Migrantennetzwerken weiterhin die Pfade der internationalen Wanderungen in und nach Europa. Dies galt auch für die entgegengesetzte Richtung, denn gleichzeitig kehrten hunderttausende Migranten, die von der wirtschaftlichen Rezession betroffen waren, in ihre Herkunftsländer zurück (vgl. Santel 1995: 66), allerdings nicht in dem Ausmaß, wie von den politisch Verantwortlichen erhofft. Denn zum einen lehnten die einheimischen Arbeitssuchenden die ihnen angebotenen Stellen aus finanziellen und sozialen Gründen ab, sie waren zudem oftmals weniger mobil als die ausländischen Arbeitnehmer. Zum anderen änderte sich deren Migrationsverhalten. Wären sie nach dem Anwerbestopp freiwillig in ihr jeweiliges Herkunftsland außerhalb der Europäischen Gemeinschaft zurückgekehrt – in den 1970er Jahren zählte von den Entsendeländern nur Italien zur EG –, hätten sie ihr Aufenthaltsrecht verloren und davon ausgehen müssen, dass sie nach ihrer Rückkehr keine Arbeitserlaubnis in einem Anwerbeland mehr erhalten würden. Die ausländischen Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Staaten stellten sich auf einen dauerhaften Verbleib ein und holten ihre Familienangehörigen nach. Diese Umorientierung hatte zur Folge, dass die Frage der Integration der zu- bzw. eingewanderten Bevölkerungsgruppen an politischer Bedeutung gewann.

Die Wanderungsintensität zurück in die Herkunftsländer war auch abhängig von der dortigen politischen wie wirtschaftlichen Lage. In Griechenland, Portugal und Spanien lösten Mitte der 1970er Jahre demokratisch gewählte Regierungen diktatorische Regime ab. Beispielsweise kehrte die Hälfte der ca. eine Million griechischen „Gastarbeiter“ nach Griechenland zurück (vgl. Bade 2000: 330). In der Türkei beförderten die schwierigen innenpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die 1980 in einem Militärputsch mündeten, noch den Verbleib der türkischstämmigen Bevölkerung in den Anwerbeländern und hatten zum Beispiel in Deutschland einen markanten Anstieg von Asylsuchenden zur Folge (vgl.

Gans/Schlömer 2014: 140). Die Bürger der südeuropäischen Staaten wurden infolge der Europäischen Integration sukzessive von Zuwanderungsbeschränkungen ausgenommen; dies vereinfachte Wanderungen in beide Richtungen.

Durch die Familien- und Rückwanderungen veränderte sich die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung in den Anwerbeländern. War die Gastarbeitermigration deutlich männlich dominiert gewesen, stieg nun die Anzahl der Frauen und Kinder. Der Anteil der erwerbstätigen Personen dagegen ging sukzessive zurück (vgl. Santel 1995: 66). Spätestens mit der Familienmigration wurde sichtbar, dass die nord-, mittel- und westeuropäischen Länder durch die ursprünglich als zeitlich begrenzt konzipierte Gastarbeitermigration faktisch zu Einwanderungsländern geworden waren. Trotz restriktiver Zuwanderungspolitiken nahm die ausländische Bevölkerung in den europäischen Ländern infolge von Geburtenüberschüssen und Migrationsgewinnen zu (vgl. Tab. 2). Paradoerweise hatte für diese Verfestigung der Einwanderungssituation gerade der Anwerbestopp eine entscheidende Rolle gespielt.

Waren in den 1950er bis 1970er Jahren die Migrationen in Europa in ihren Richtungen und Formen noch klar zu bestimmen – primär als Arbeitsmigrationen von der europäischen Peripherie und den ehemaligen Kolonien ins Zentrum –, so wurde das Bild nach dem Anwerbestopp 1973/74 komplexer. Neben dem Familiennachzug stieg auch die Zuwanderung von Asylsuchenden und irregulären Migranten, unter anderem deshalb, weil andere Einwanderungsmöglichkeiten radikal beschränkt worden waren. Teilweise folgten diese Migrationen den mit der Gastarbeitermigration etablierten Migrationspfaden und wurden durch schon bestehende Netzwerke kanalisiert. Insgesamt beginnt Mitte der 1970er Jahre eine unverkennbare Diversifizierung der Herkunfts- und Zielländer sowie der Bevölkerungsstruktur der Migranten.

**Tab. 2** Die ausländische Bevölkerung in verschiedenen europäischen Ländern, 1950–2014\*

Länder	1950		1975		1990		2000		2014	
	absolute Zahlen	%	absolute Zahlen	%	absolute Zahlen	%	absolute Zahlen	%	absolute Zahlen	%
Belgien	368 000	4,3	835 000	8,5	905 000	9,1	862 000	8,4	1 264 427	11,3
Dänemark	-	-	91 000	1,8	161 000	3,1	259 000	4,9	397 221	7,1
Deutschland <sup>1</sup>	532 000	1,1	4 090 000	6,6	5 242 000	8,2	7 297 000	8,9	*7 696 413	*9,4
Finnland	11 000	0,3	13 000	0,3	26 000	0,5	91 000	1,8	206 651	3,8
Frankreich	1 737 000	4,2	3 442 000	6,5	3 608 000	6,3	3 263 000	5,6	4 157 478	6,3
Griechenland	31 000	0,4	-	-	229 000	2,3	797 000	7,3	854 998	7,8
Großbritannien	392 000	0,8	1 436 000	2,6	1 875 000	3,2	2 301 000	3,9	5 047 653	7,8
Irland	-	-	69 000	2,2	81 000	2,3	127 000	3,3	545 512	11,8
Italien	47 000	0,1	186 000	0,3	781 000	1,4	1 380 000	2,4	4 922 085	8,1
Luxemburg	29 000	9,8	86 000	23,9	110 000	28,6	159 000	36,8	248 914	45,3
Niederlande	104 000	1,0	350 000	2,6	692 000	4,6	668 000	4,2	735 354	4,4
Norwegen	16 000	0,5	71 000	1,8	143 000	3,4	184 000	4,1	482 054	9,4
Österreich	323 000	4,7	271 000	3,6	456 000	5,9	699 000	8,7	1 056 782	12,4
Portugal	21 000	0,2	-	-	108 000	1,1	208 000	2,0	401 320	3,8
Schweden	124 000	1,8	411 000	5,0	484 000	5,6	477 000	5,4	687 192	7,1
Schweiz	285 000	6,1	1 039 000	16,4	1 100 000	16,3	1 384 000	19,3	1 936 412	23,8
Spanien	93 000	0,3	165 000	0,5	408 000	1,0	896 000	2,2	4 677 059	10,1
gesamt <sup>2</sup>	4 113 000	1,5	12 555 000	3,9	16 409 000	4,6	21 052 000	5,4	35 317 525	8,5

\* Die Unterschiede zwischen den Ländern müssen auch vor dem Hintergrund verschiedener Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsregime betrachtet werden.

<sup>1</sup> bis 1990 nur Westdeutschland

<sup>2</sup> 2013 aufgrund eines Zeitreihenbruchs (Zensus 2011)

<sup>3</sup> Schätzung

Quelle: Bonifazi (2008: 114); aktualisiert durch Daten von Eurostat

### **3 Neue Geographien der Migration in den 1980er und 1990er Jahren**

Das Ende des Kalten Krieges war eine Zäsur für Europa. In den sozialistischen Staaten kam es zu tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbrüchen. Die Grenzen zwischen „Ost“ und „West“ wurden durchlässiger. Die Abwanderung aus zuvor unbedeutenden Herkunftsländern veränderten die bestehenden Migrationsverflechtungen in Europa beträchtlich. Zudem setzte sich die in den 1980er Jahren beginnende Transformation der südeuropäischen Staaten von Aus- zu Einwanderungsländern fort. Beide Entwicklungen beeinflussten das europäische Migrationsregime erheblich, insbesondere intensivierten sie eine Diversifizierung der migrierten Bevölkerung und damit der Wohnbevölkerung nach nationaler Herkunft sowie demografischen und sozioökonomischen Merkmalen.

#### **3.1 Der Fall des Eisernen Vorhangs: Migration in und aus Mittel- und Osteuropa**

Auf das Migrationsgeschehen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die politische Trennung durch den Eisernen Vorhang deutliche Auswirkungen. Traditionelle europäische Binnenwanderungen – wie die Migration polnischer Arbeitskräfte zur Arbeit in der Kohle- und Stahlindustrie ins Ruhrgebiet, nach Lothringen oder Nordfrankreich im 19. und frühen 20. Jahrhundert (vgl. Prasałowicz 2007: 260ff.) – waren bis 1990, abgesehen von einzelnen, räumlich und zeitlich klar begrenzten Migrationswellen, massiv eingeschränkt: In der politischen und medialen Öffentlichkeit besonders präsent war die Auswanderung politischer Flüchtlinge, die im Zusammenhang mit den politischen Krisen in Ungarn 1956/57, in der Tschechoslowakei 1968 und in Polen Anfang der 1980er Jahre Asyl im „Westen“ suchten. Zudem verließen etwa 5,2 Millionen Einwohner die DDR in Richtung Bundesrepublik Deutschland, und vor 1987 migrierten etwa eine Million Aussiedler, vor allem aus Polen und Rumänien, in die Bundesrepublik Deutschland (vgl. Fassmann/Münz 2000: 21ff.; Abb. 3). Das Ausmaß der Zuwanderung zwischen 1950 und 1987 hing sowohl von der innenpolitischen Situation als auch von den zwischenstaatlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit den jeweiligen Herkunftsstaaten ab (vgl. Mammey/Swiaczny 2001). Dass die Grenze für Migrationen zwischen „Ost“ und „West“ nicht überall gleich undurchlässig war, zeigt die Arbeitsmigration aus Jugoslawien, das als kommunistisches, aber von der Sowjetunion unabhängiges Land die Anwerbung von Arbeitskräften zugelassen hatte. Mit dem Ende des Kalten Krieges lösten sich die ideologischen und geopolitischen Grenzen zwischen „West“ und „Ost“ zwar auf, die politische, ökonomische und imaginierte Trennung zwischen „Westeuropa“ und „Osteuropa“ blieb jedoch bestehen und prägte sowohl die Wanderungen als auch die diesbezüglichen Erwartungen und Vorstellungen.

Nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs und dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990/91 wurden in den westeuropäischen Ländern massenhafte Auswanderungen aus den

politisch wie wirtschaftlich destabilisierten Ländern Osteuropas befürchtet. Kurzzeitig kam es tatsächlich zu einem starken Anstieg von Migrationen aus Mittel- und Osteuropa. Die Zahlen gingen jedoch ab 1992/93 im Kontext weiterer Restriktionen der Zuwanderungs- und Asylgesetze und neuer, temporärer Wanderungsformen deutlich zurück.

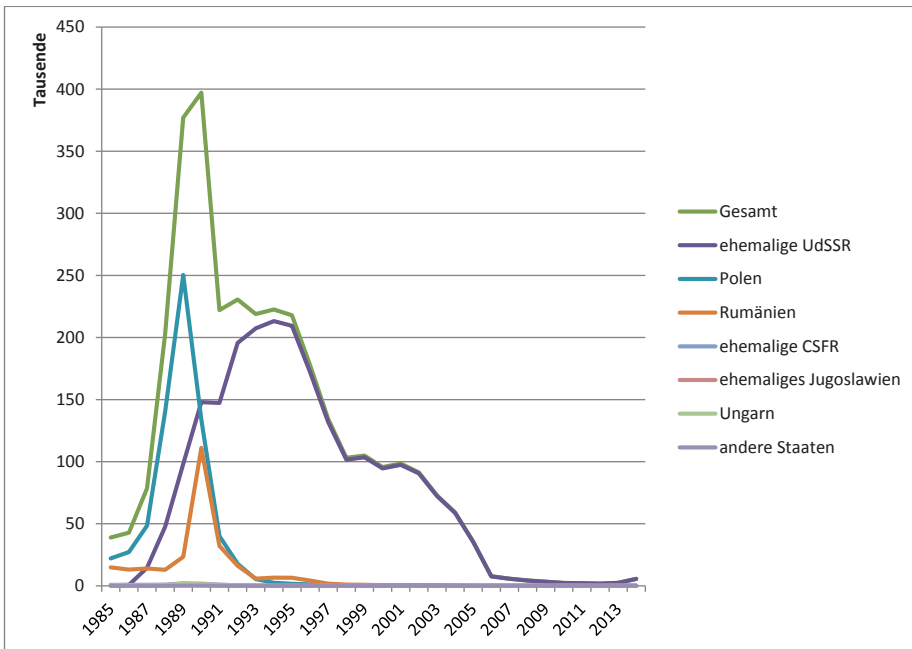
Seit Mitte der 1990er Jahre erweiterte sich die „Karte“ der Migrationen in und aus den ehemaligen Staaten jenseits des Eisernen Vorhangs. Die Wanderungsziele waren nun nicht mehr nur die traditionellen, geographisch näher gelegenen Länder wie Deutschland oder Österreich, sondern verlagerten sich im Laufe der Zeit zunehmend in Richtung der südeuropäischen Staaten Italien, Spanien, Griechenland und Portugal. Dabei spielte auch eine Rolle, dass sich diese Länder gegenüber irregulären Aufenthalten und Arbeitsformen toleranter als andere EU-Länder zeigten (vgl. Kap. 3.2). Das Problem der irregulären Arbeitsmigration versuchten wiederum unter anderem Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Belgien oder die Schweiz, über bilaterale Abkommen mit mittel- und osteuropäischen Ländern zu regulieren und zu kontrollieren. Spezielle Programme betrafen insbesondere die Beschäftigung von Saisonarbeitern, die als flexible Arbeitskräfte für arbeitsintensive Bereiche wie die heimische Landwirtschaft unverzichtbar geworden waren (vgl. Becker 2010).

In Deutschland stieg beispielsweise die Vermittlung von Saisonarbeitnehmern für drei Monate von knapp 130 000 (1991) auf über 330 000 (2004) und verringerte sich bis 2010 auf gut 290 000. Diese Arbeitskräfte waren – wie in Italien, Österreich, Frankreich oder Spanien – in Branchen mit saisonal schwankendem Arbeitsangebot (z. B. Landwirtschaft, Tourismus, Gastronomie, Hotelgewerbe) tätig. 2010 kamen in Deutschland 60 Prozent von ihnen aus Polen und 30 Prozent aus Rumänien. Seit Einführung der vollständigen Freizügigkeit zum 1. Januar 2011 unterliegen Staatsangehörige aus den zum 1. Mai 2004 der Europäischen Union beigetretenen Ländern für die Ausübung einer Saisonbeschäftigung keiner Arbeitserlaubnispflicht mehr. Diese Regelung gilt seit 2012 auch für Bulgaren und Rumänen. Die Zahl der Zuzüge von Saisonarbeitnehmern sank 2011 auf etwa 208 000, von denen mehr als 90 Prozent aus Rumänien einreisten. Die Freizügigkeit ab 2012 führte dazu, dass die statistische Erfassung von Saisonarbeitnehmern entfiel und die amtliche Statistik seit 2012 nur noch sehr geringe Zahlen ausweist.

Einen großen Anteil am europäischen Migrationsgeschehen hatten die Wanderungen „ethnischer Minderheiten“. Teilweise freiwillig, teilweise vertrieben und verdrängt, verließen zwischen 1989 und 1992 insgesamt über vier Millionen Angehörige kultureller oder religiöser Minderheiten das Gebiet der früheren Sowjetunion und die früheren „Ostblock“-Staaten (vgl. Fassmann/Münz 1996: 13). Zwar dominierte bei diesen Wanderungen die Ost-West-Richtung, doch gab es auch gegenläufige Bewegungen wie die Migration bisheriger sowjetischer Staatsbürger aus den nun unabhängig gewordenen ehemaligen sowjetischen Teilrepubliken nach Russland oder in die Ukraine (vgl. Abb. 6).

Die mit Abstand größte Minderheitengruppe machten die „ethnischen Deutschen“ aus Polen, Rumänien und der UdSSR bzw. ihren Nachfolgestaaten aus. Bereits seit Mitte der 1980er Jahre waren die Zahlen der „Aussiedler“, die in die Bundesrepublik Deutschland einwanderten, jährlich gestiegen – bis auf den Höchststand von fast 400 000 im Jahr 1990. Der starke Rückgang der Auswanderung in den Folgejahren war hauptsächlich das Ergebnis

politischer Maßnahmen: Das am 1. Januar 1993 in Kraft getretene Kriegsfolgenbereinigungsgesetz begrenzte den Status „Aussiedler“ fast ausschließlich auf Personen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, Verträge mit den Herkunftsländern sollten die Situation der Minderheiten verbessern – auch mit finanzieller Unterstützung aus Deutschland; außerdem wurden ab 1993 strengere Anerkennungskriterien für den „Aussiedler“- bzw. „Spätaussiedler“-Status und eine jährliche Obergrenze der Anerkennungen eingeführt (vgl. Bade 2000: 414; Abb. 3).



**Abb. 3** Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlerxn nach Deutschland, 1950 bis 2014

Quelle: Bundesverwaltungsamt (Internet: [www.bva.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BVA/Staatsangehoerigkeit/Aussiedler/Statistik/Zeitreihe\\_1950\\_2014.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bva.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BVA/Staatsangehoerigkeit/Aussiedler/Statistik/Zeitreihe_1950_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=2); Zugriff 23.11.2015)

Nicht nur für ethnische Minderheiten, auch für andere Migranten schlossen sich die Grenzen Anfang der 1990er Jahre nach einer kurzen Phase der Öffnung wieder stärker. Galten Zuwanderer aus den ehemaligen Ländern des „Ostblocks“ zunächst noch als politische Flüchtlinge, so wurde bis 1992/93 das Asylrecht in Deutschland, der Schweiz und Österreich – den Hauptzielländern der Zuwanderung – erheblich verschärft (vgl. Bade 2000: 392) und die meisten Staaten in Ost- und Ostmitteleuropa als „sichere Herkunftsländer“ deklariert (vgl. Fassmann/Münz 2000: 29f.). Diese Maßnahmen sollten die sogenannte „Asylkrise“ beenden. Seit den späten 1980er Jahren waren die Zahlen von Asylsuchenden



in den westeuropäischen Ländern vor allem durch Zuwanderung aus Osteuropa stark angestiegen. So stammten in Deutschland 1986 noch fast drei Viertel der knapp 200 000 Asylsuchenden aus weniger entwickelten Ländern, 1992 kamen ca. 70 Prozent der etwa 438 000 Asylsuchenden aus ehemals sozialistischen Staaten in Europa.

Während der 1990er Jahre setzten sich die großen Flüchtlingswanderungen in und aus den Ländern „Osteuropas“ fort. Der Zerfall Jugoslawiens und die dadurch ausgelösten Bürgerkriege, Vertreibungen und „ethnischen Säuberungen“ in Kroatien, Bosnien und schließlich im Kosovo zwangen Millionen von Menschen zur Flucht. Der Großteil der Flüchtlinge blieb in der Region und von den mehreren Hunderttausend Menschen, die in andere europäische Staaten flohen, wurden viele nur temporär aufgenommen (vgl. Fassmann/Münz 2000: 30). Substantielle Fluchtbewegungen stammten auch aus Albanien. Nach jahrzehntelanger hermetischer Abriegelung und wirtschaftlichem Niedergang hatte die Öffnung des Landes eine massive Auswanderung zur Folge. In mehreren Wellen kamen während der 1990er Jahre Hunderttausende Albaner über den Seeweg nach Italien oder über Land nach Griechenland. Anfang der 2000er Jahre lebten ca. 600 000 Albaner, ein Fünftel der gesamten Bevölkerung, außerhalb ihres Landes (vgl. King/Vullnetari 2003: 5; Abb. 8). Während die ersten Flüchtlinge noch bereitwillig aufgenommen worden waren, bemühte sich die Politik Italiens und Griechenlands – auch unter dem politischen Druck der Europäischen Union – bald um die Abwehr der unerwünschten „Wirtschaftsflüchtlinge“.

### **3.2 Die neue Anziehungskraft Südeuropas**

Die Transformation der südeuropäischen Länder von Auswanderungs- zu Einwanderungsländern ist ein weiteres Zeugnis für den Wandel des europäischen Migrationsregimes nach der „Gastarbeiterzeit“. Nach dem Anwerbestopp 1973/74 nahm die Auswanderung deutlich ab, und viele der ehemaligen „Gastarbeiter“ kehrten in die südeuropäischen Herkunftsländer zurück. Beide Trends wurden durch die politischen Umbrüche in Spanien, Portugal und Griechenland zusätzlich befördert. So sank in Spanien nach der Ölkrise und Francos Tod die Zahl der Auswanderer von etwa 410 000 (1971/76) auf 80 000 (1976/80) und fiel bis Anfang der 1990er Jahre auf 20 000. Hinzu trat ein neuer Trend: Zunächst Italien, dann Spanien und Portugal, etwas später auch Griechenland (sowie Zypern und Malta) zogen in zunehmendem Maße selbst Zuwanderer an. Diese Tendenz begann nach King (1996) bereits in den 1960er Jahren auf Sizilien, wo tunesische Arbeitskräfte in der Fischerei, im Baugewerbe sowie zur Erntezeit in der Landwirtschaft Arbeitsengpässe, die infolge der Auswanderung Einheimischer entstanden waren, ausglich. Eine weitere Ursache für diesen Wandel war die restriktive Zuwanderungspolitik der traditionellen Einwanderungsländer im nördlichen Europa, die einen „Ablenkungseffekt“ zur Folge hatte. Statt nach Frankreich, Deutschland oder in die Niederlande kamen zum Beispiel Migranten aus Nordafrika nun nach Italien oder Spanien, deren Grenzen noch offen waren. Aus Transitländern auf der Migrationsroute Richtung Norden wurden die südeuropäischen Länder so zu „Warteräumen“ und schließlich, auch bedingt durch ihre Mitgliedschaft in

der Europäischen Union, selbst zu angestrebten Wanderungszielen. Dazu kamen starke ökonomische Einflussfaktoren: Seit den 1980er Jahren erlebten die südeuropäischen Länder ein eindrucksvolles Wirtschaftswachstum, das die Kluft ökonomischer Entwicklung und damit einhergehender Migrationsanreize weiter Richtung Süden verschob – von den Gebieten nördlich der Alpen und Pyrenäen zum Mittelmeer (vgl. Klepp 2008). Da das südliche Europa und Nordafrika Regionen mit sehr unterschiedlichem gesellschaftlichem Kontext (in politischer, demografischer wie soziokultureller Hinsicht) repräsentierten, bezeichneten Montanari/Cortese (1993) das Mittelmeer in Anlehnung an die Grenzbefestigungen zwischen den USA und Mexiko als den „Rio Grande“ Europas.

Die Migration aus Nordafrika nach Südeuropa lag im Interesse von Regierungen, Unternehmen sowie Privathaushalten beiderseits des Mittelmeers. Dies lässt sich beispielhaft für Marokko und Spanien illustrieren (vgl. Gans/West 2004: 35ff.):

- Bestehende Lohnunterschiede motivierten die Abwanderung von Marokkanern.
- Marokko erhoffte sich – ähnlich wie seinerzeit die südeuropäischen Staaten durch die Gastarbeiterwanderung – eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt (de Haas 2007).
- Die Geldüberweisungen der Migranten entlasteten die Leistungsbilanz.
- Die marokkanische Landwirtschaft verlor mit dem EU-Beitritt von Portugal und Spanien Absatzmärkte für ihre Produkte in der Europäischen Union, was die Lage auf dem Arbeitsmarkt Marokkos noch verschärfte.
- In Spanien erhöhte sich in den 1990er Jahren die Nachfrage nach Arbeitskräften in Branchen mit niedrigen Löhnen, z. B. im Tourismus, in der Landwirtschaft oder im Baugewerbe. Die Zuwanderung billiger Arbeitskräfte war im Interesse der nationalen Ökonomie und der Betriebe in den jeweiligen Branchen.
- Für Spanier war trotz einer Arbeitslosenquote von etwa elf Prozent im Jahre 2000 eine Beschäftigung z. B. in der Landwirtschaft wegen der schlechten Bezahlung, der zeitlichen Befristung sowie des negativen Images dieser Tätigkeit nicht attraktiv.
- Zudem wären für Betriebe in der arbeitsintensiven Landwirtschaft Südspaniens reguläre Beschäftigungsverhältnisse aufgrund von Sozialabgaben und Steuern ein gravierender Wettbewerbsnachteil in der Europäischen Union gewesen (vgl. Geiger 2006).

Das spezifische „südeuropäische Modell der Arbeitsmigration“ (vgl. King 2000: 12) unterschied sich durch die hohe Bedeutung informeller Beschäftigungsverhältnisse deutlich von der fordistisch geprägten Gastarbeitermigration in die europäischen Industrieländer nördlich von Alpen und Pyrenäen. Auch die physische Geographie Südeuropas begünstigt Zuwanderungen: Die langen Küstenlinien, die vielen Inseln und bergigen Grenzregionen erleichtern irreguläre Grenzübertritte (vgl. Kap. 6). Zwar wanderte der Großteil „illegaler“ Migranten „legal“ mit Touristenvisum ein und verblieb nach der erlaubten Aufenthaltsdauer einfach im Lande. Doch spielen für Wanderungsentscheidungen die geographische Nähe und Zugänglichkeit zu Migrationsrouten stets ebenfalls eine Rolle – dies zeigt die Emigration aus Albanien nach Griechenland und Italien Anfang der 1990er Jahre ebenso wie die Flucht aus Syrien in die Türkei und nach Europa in den Jahren 2013 bis 2016. Schließlich

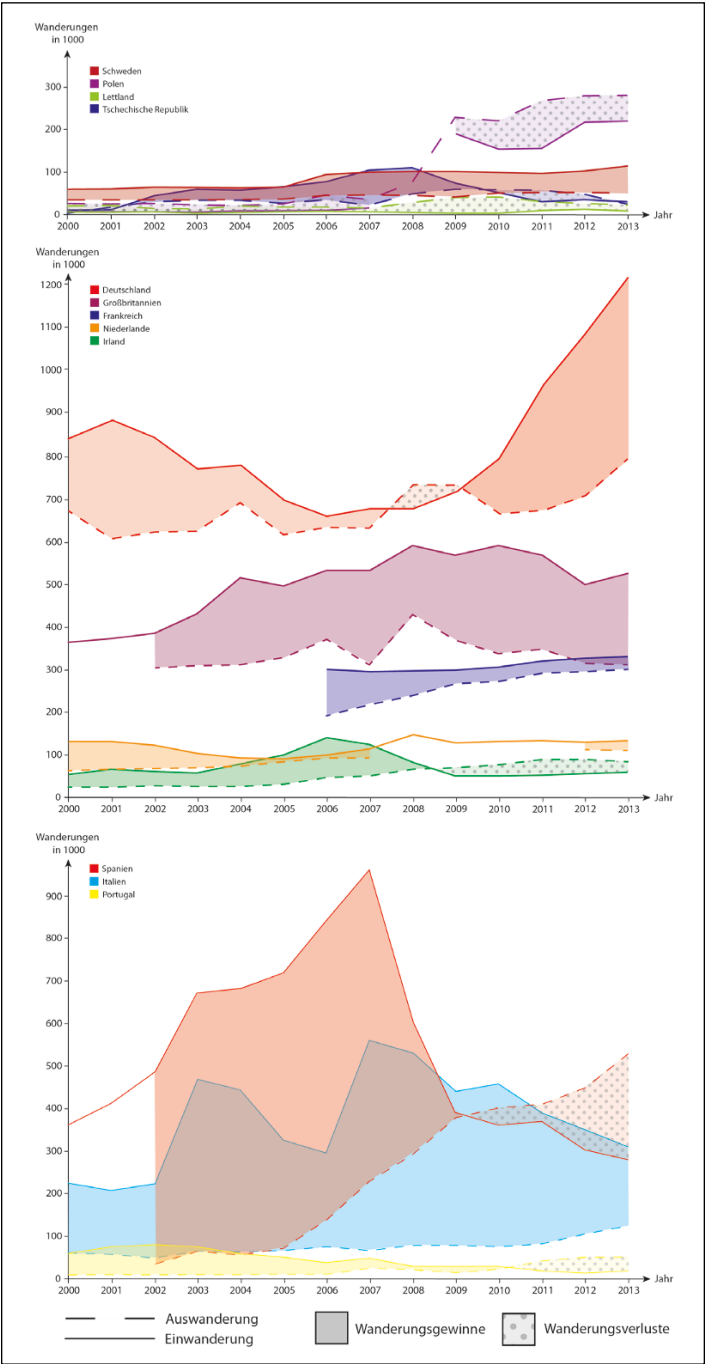
folgte die neue Zuwanderung nach Südeuropa historischen, kulturellen und sprachlichen Verbindungen zwischen den Herkunfts- und Zielländern: Lateinamerikanische Migranten wanderten vornehmlich nach Spanien und Portugal, Angehörige ehemaliger afrikanischer Kolonien nach Portugal und Italien sowie Rumänen nach Italien und Spanien (vgl. Abb. 6).

---

#### **4 Fortschreitende Diversifizierung des Migrationsregimes seit Ende der 1990er Jahre**

Die Europäische Union gewann als Wanderungsziel seit etwa dem Jahr 2000 für Personen aus europäischen Nicht-EU-Mitgliedstaaten sowie zunehmend auch für Menschen aus Afrika, Asien und Lateinamerika an Attraktivität. *Vier* Ursachenkomplexe beeinflussen die Veränderung des europäischen Migrationsregimes:

1. Die Einführung des Euro als Buchgeld zum 1. Januar 1999 löste insbesondere in den teilnehmenden Ländern Südeuropas sowie in Irland aufgrund sinkender Kapitalzinsen positive wirtschaftliche Impulse aus. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts weiteten sich die Wanderungsgewinne von Italien, Spanien, Portugal und Irland beträchtlich aus (vgl. Abb. 4). Im Vergleich dazu profitierten die Volkswirtschaften von Deutschland und den Niederlanden kaum von diesen zinsinduzierten Impulsen. Die Zahl der Zuzüge verringerte sich, in Deutschland überdurchschnittlich, so dass bei stabilen Wegzugszahlen die Wanderungsgewinne rückläufig und in den Jahren 2008/09 sogar negativ waren. Auch in Großbritannien, Frankreich oder Schweden waren die Nettowanderungen im Vergleich zu denen der südeuropäischen Länder stabil.



**Abb. 4** Wanderungsbilanzen ausgewählter EU-Mitgliedstaaten, 2000 bis 2013  
Quelle: Eurostat/Indikatoren: migr\_immSprv,migr\_emi3nxt (Zugriff: 16.07.2015)

2. Mit den Erweiterungen der Europäischen Union in den Jahren 2004 und 2007 wurden die politischen Grenzen zwischen den Räumen „Westeuropas“ und „Osteuropas“ aufgehoben. Die bisherigen Regulierungen, die die Mobilität zwischen den Beitrittsländern von 2004 und der EU-15 erschwerten, wurden sukzessive abgebaut (vgl. Kap. 3.1). Die transnationale Arbeitsmobilität ist nun eine nicht unübliche Form der EU-Binnenmigration.

Eine „neue“ Geographie der Ost-West-Wanderung“ (vgl. Fassmann/Münz 2000: 32) entstand, die nicht durch den einstigen Verlauf des Eisernen Vorhangs bzw. die über Jahrzehnte hinweg etablierte Grenze zwischen „Ost“ und „West“ strukturiert war. Die Migrationsdynamiken verschoben sich vielmehr ostwärts: Tschechien, Ungarn, Slowakei und Polen wurden zu Zielen der internationalen Zuwanderung (vgl. Tab. 3; Abb. 7) – zum Teil zeitgleich mit einer anhaltend hohen Auswanderungsrate wie im Falle von Polen (vgl. Abb. 4). Einen Teil der neuen Zuwanderung machten Transitmigranten aus Osteuropa, Afrika und Asien aus, die versuchten, nach Westeuropa zu gelangen und dann vorübergehend oder dauerhaft in den östlichen Nachbarländern ‚strandeten‘. Wichtige Wanderungsrouten irregulärer Migranten in den „Westen“ führten über Russland und die mittel- und osteuropäischen Länder (vgl. Okólski 2004: 40; Abb. 9). Unter politischem Druck und mit finanzieller Hilfe der westlichen Nachbarländer, welche sich vor der unerwünschten Zuwanderung aus dem Osten schützen wollten, verstärkten die mittel- und osteuropäischen Transitländer ihre Kontrollmaßnahmen an den östlichen Grenzen. Sie übernahmen damit die Funktion eines „Cordon sanitaire“ für Westeuropa (vgl. Fassmann/Münz 2000: 32). Diese politisch strukturierten Wanderungsgeographien sind in einem ständigen Wandel begriffen. Neue politische Grenzziehungen durch veränderte Visabestimmungen und die Erweiterungen der Europäischen Union und des Schengen-Raums 2004 und 2007 (vgl. Kap. 6) verschoben die Grenzen des Ost-West-Migrationsgeschehens weiter in Richtung Osten, an die Außengrenzen der neuen EU-Mitgliedstaaten.

Die veränderten Geographien der Wanderungen in den ehemaligen „Ostblock“-Staaten sind jedoch nicht nur politischen Rahmenbedingungen und der räumlichen Nähe zum „Westen“ geschuldet. Auch ökonomische Faktoren spielten eine wichtige Rolle, wie die hohen Wanderungsgewinne für Tschechien vor 2009 belegen (Abb. 4). Als regionale Wachstumspole waren Tschechien, Ungarn, Slowakei und Polen inzwischen selbst zum Ziel von Arbeitsmigranten geworden. Insbesondere die wirtschaftlichen Zentren dieser mittel- und osteuropäischen Staaten zogen neben Einheimischen auch Migranten aus der Ukraine, Weißrussland, Moldawien oder Russland sowie aus asiatischen Ländern an (vgl. Okólski 2004: 42ff.; Abb. 7). Mittel- und Osteuropa entwickelten sich deshalb seit den 1990er Jahren zu heterogenen und komplexen neuen Migrationsräumen.

Tabelle 3 verweist auf zwei weitere Elemente des osteuropäischen Migrationsregimes, die dessen Komplexität noch steigerten: Zum einen ist anzunehmen, dass die Bedeutung der Migranten aus Vietnam auf Netzwerke von ehemaligen Vertragsarbeitern in den sozialistischen Staaten zurückgeht. Zum andern ist in Polen ein hoher Anteil von Zuwanderern mit deutscher Staatsangehörigkeit auffällig. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich bei diesem Personenkreis um ehemalige Aussiedler handelt, die vor allem nach der Krise 2009 in ihr Geburtsland zurückkehrten.

**Tab. 3** Die vier wichtigsten Herkunftsländer von Zuwanderern nach Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn nach Staatsangehörigkeit, 1999 bis 2012

<b>Polen</b>		<b>Slowakei</b>	
Staatsangehörigkeit	Angabe in Prozent	Staatsangehörigkeit	Angabe in Prozent
Ukraine	24,7	Tschechien	11,4
Deutschland	7,5	Ukraine	9,6
Weißrussland	6,7	Rumänien	8,5
Vietnam	5,9	Ungarn	7,1
insges. (in 1 000)	478,1	insges. (in 1 000)	101,0
<b>Tschechien</b>		<b>Ungarn</b>	
Staatsangehörigkeit	Angabe in Prozent	Staatsangehörigkeit	Angabe in Prozent
Ukraine	30,3	Rumänien	36,5
Slowakei	18,3	Ukraine	10,6
Vietnam	9,7	Serbien	7,4
Russ. Föderation	7,0	Deutschland	6,7
insges. (in 1 000)	558,9	insges. (in 1 000)	319,8

Quelle: eigene Auswertung nach Daten von OECD 2010; 2014

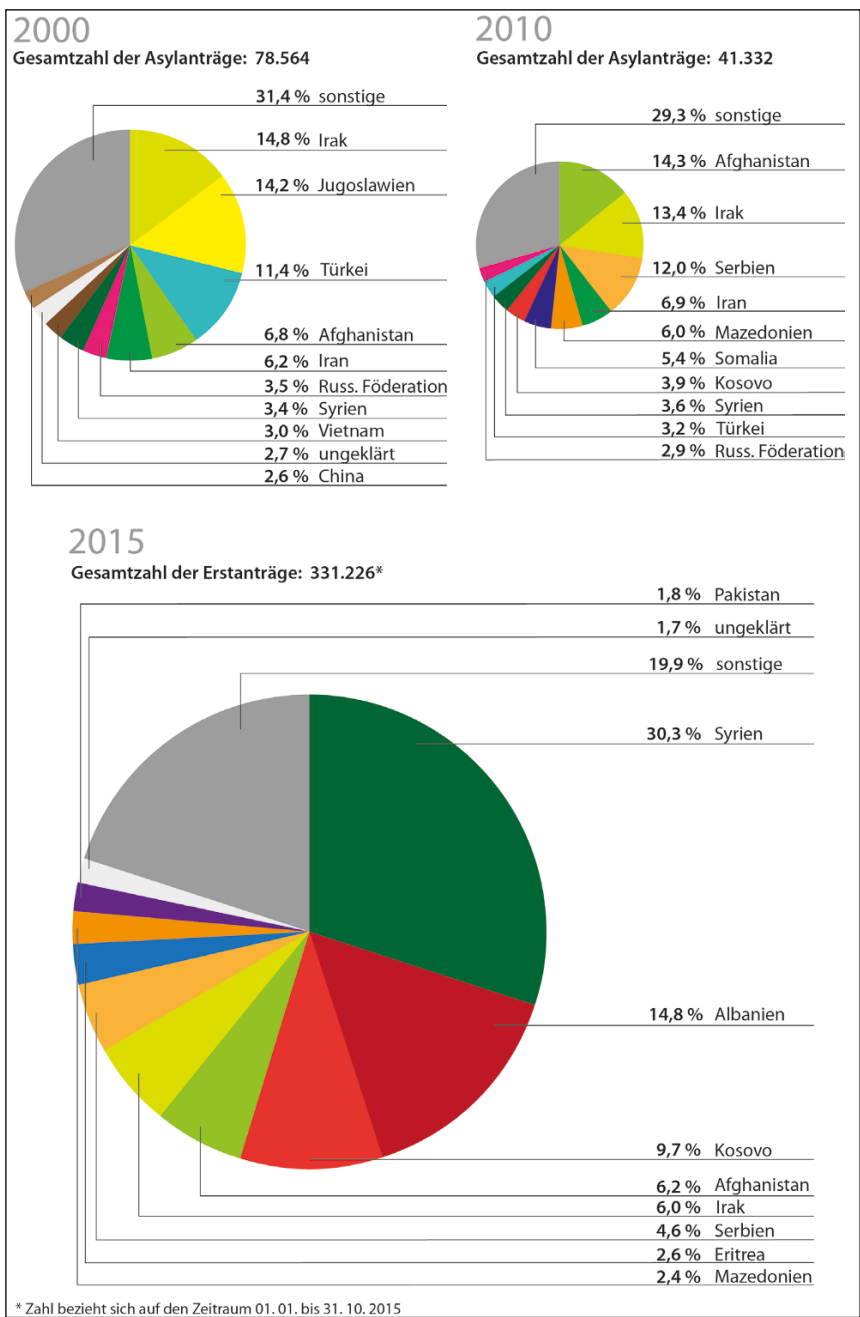
3. Die Auswirkungen, die die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008/2009 auf das Migrationsregime der EU-Staaten hat, zeigen sich in der Gegenüberstellung von Deutschland und Spanien (vgl. Abb. 4). Für Deutschland gehen die Zuzugszahlen bis 2006 kontinuierlich zurück, bleiben dann bis 2009 etwa konstant, so dass die Außenwanderungsbilanz bei erhöhten Fortzügen aufgrund der Wirtschaftskrise vorübergehend negativ wird. Doch kehrt sich der Migrationsverlust ab 2010 in einen Gewinn um, der sich in den folgenden Jahren aufgrund steigender Zuzugszahlen bei kaum veränderten Wegzügen kontinuierlich ausweitete. Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist die rasche wirtschaftliche Erholung, die mit einer kräftig sinkenden Arbeitslosenquote auf 6,0 Prozent im Oktober 2015 einhergeht. Im Vergleich zu Deutschland sind die Länder, die zunächst von der Einführung des Euro profitierten, von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders schwer betroffen. So erhöht sich in Spanien die Arbeitslosenquote von ca. acht Prozent im Jahre 2007 auf fast 25 Prozent Ende 2012. Zeitgleich verringert sich die Zuwanderung nach Spanien innerhalb von zwei Jahren um 60 Prozent auf fast 400 000 Personen (2009), bis 2013 sinkt sie – bezogen auf die Zahl der Zuzüge im Jahr 2007 – weiter auf ein Niveau von 30 Prozent (vgl. Abb. 4). Vor allem Personen mit spanischer Staatsangehörigkeit, die nicht in Spanien geboren sind, verlassen das Land jetzt wieder (vgl. Alba Monteserin et al. 2013). Eine vergleichbare Entwicklung zeichnet sich für Irland und Portugal ab, während für Italien bei rückläufigem Wanderungsvolumen nach wie vor Wanderungsgewinne zu beobachten sind.

4. Die sich ausweitenden politischen Auseinandersetzungen und kriegesischen Konflikte im Nahen Osten, in Zentralasien und Afrika sind Quelle einer steigenden oder auch zahlenmäßig schwankenden gewaltinduzierten Wanderung von Flüchtlingen und Asyl-

suchenden in die EU-Mitgliedstaaten. Wurden im Jahr 2000 gut 400 000 Asylbewerber in der Europäischen Union registriert, verringerte sich deren Zahl bis 2006 zunächst auf knapp 200 000 und erhöhte sich anschließend bis 2012 allmählich 335 000. Bis 2014 nahm die Zahl der Antragstellungen deutlich auf 627 000 zu, und diese Dynamik verstärkte sich nochmals: 2015 wurden gut 1,33 Mio. und 2016 rund 1,26 Mio. Asylbewerber registriert, davon knapp 60 Prozent in Deutschland. Seit 2013 bilden Syrer die größte Gruppe. 2015 stammten 363 000 oder fast 29 Prozent der Antragsteller aus Syrien, 14 Prozent aus Afghanistan und 10 Prozent aus dem Irak. Die Herkunftsländer jener Asylbewerber, deren Zahl sich seit 2013 deutlich erhöhte, sind ein Spiegel gegenwärtiger Konflikte, politischer Unterdrückung, innerer Zerrissenheit, Verfolgung von Minderheiten und Armut: Afghanistan, Irak, Eritrea, Gambia, Mali, Nigeria, Senegal, Somalia, Sudan/Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Ukraine (vgl. Internet: [ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum\\_statistics](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum_statistics); Zugriff: 21.03.2016).

In Deutschland gehörten zu den zehn wichtigsten Herkunftsländern von Asylbewerbern in den Jahren 2000 und 2010 Irak, Afghanistan und Serbien bzw. die ehemalige Republik Jugoslawien (vgl. Abb. 5). Auch Iran, die Russische Föderation sowie Syrien zählten in beiden Jahren dazu. 2015 standen Asyl-Erstantragsteller aus Syrien mit großem Abstand an erster Stelle. Auch fällt der hohe Bedeutungszuwachs der Erstanträge von Menschen aus Albanien, Kosovo, Serbien sowie Mazedonien auf. Ihr Gesamtanteil von 31,5 Prozent übertrifft 2015 den der Syrer. 2016 werden aus dem Balkanraum nur Antragsteller aus Albanien registriert (2,5 %), während Syrer mit 44,2 Prozent die mit Abstand größte Gruppe stellen, gefolgt von Afghanen (21,1 %) und Irakern (16,0 %; BAMF 2017).





**Abb. 5** Erstanträge von Asylbewerbern in Deutschland aus den jeweils zehn zugangsstärksten Herkunftsländern (2000, 2010, 2015)  
Quelle: BAMF 2015a: 20; BAMF 2015b: 7

Die zeitliche Volatilität der nationalen Zusammensetzung von Asylbewerbern wird zugleich überlagert von einer hohen räumlichen Variabilität. Zwar zählt Syrien in der jüngsten Vergangenheit in fast allen EU-Staaten zu den fünf wichtigsten Herkunftsländern von Asylsuchenden, doch erreichen die syrischen Asylbewerber besonders hohe Anteile in Staaten entlang des Migrationskorridors von Griechenland nach Slowenien sowie nördlich davon in Österreich, Deutschland, den Niederlanden, Dänemark oder Schweden (vgl. Abb. 9). In den baltischen Staaten sowie in Polen und Tschechien überwiegen dagegen Asylbewerber aus Osteuropa (Ukraine, Russland, Georgien), in Südeuropa, insbesondere in Italien, Staatsangehörige aus afrikanischen Ländern. Zur Erklärung dieser sehr differenzierten Verteilung spielen Faktoren wie die Nähe zu Herkunftsländern oder Migrationskorridore, historische Bindungen und schon bestehende soziale Netzwerke, Migrationspolitik der Europäischen Union mit ihrem Vorgehen bei der Grenzsicherung oder der Festlegung „sicherer Drittstaaten“, aber sicherlich auch Zufälle eine Rolle.

Die räumliche Ungleichverteilung trifft auch auf die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa zu, die angesichts der sehr stark gewachsenen Zahlen im Fluchtjahr 2015 zu einem der zentralen politischen Diskussions- und Streitthemen in der Europäischen Union wurde. Die fünf EU-Mitgliedstaaten, in denen 2016 die meisten Erstanträge gestellt wurden, sind Deutschland (722 265), Italien (121 185), Frankreich (75 990), Griechenland (49 875) und Österreich (39 860), bezogen auf 1 000 Einwohner sind es Deutschland (8,79), Griechenland (4,63), Österreich (4,59), Malta (3,99) und Luxemburg (3,58; Internet: [de.statista.com/statistik/daten/studie/156549/umfrage/asylbewerber-in-europa-2010/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/156549/umfrage/asylbewerber-in-europa-2010/)). Die Änderung der Rangfolge zu 2014 verdeutlicht den Einfluss der nationalen Migrationspolitik sowie die Lage der aufnehmenden Staaten zu den Herkunftsländern bzw. zu den Migrationskorridoren: So rangiert im Jahr 2014 Schweden mit 8,41 Asylbewerbern pro 1 000 Einwohnern vor Ungarn (4,33), Österreich (3,33), Dänemark (2,61) und Deutschland (2,51; eigene Berechnung nach Daten von Eurostat und bezogen auf den Bevölkerungsstand am 1. Januar 2014; Internet: [ec.europa.eu/eurostat/documents/4168041/6742650/KS-QA-15-003-EN-N.pdf](http://ec.europa.eu/eurostat/documents/4168041/6742650/KS-QA-15-003-EN-N.pdf); Zugriff: 03.11.2015).

Die EU-Osterweiterung im Jahr 2004 und die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008/2009 hatten weitreichende Auswirkungen auf Volumen wie Bilanzen internationaler Migration mit Zielen in Europa (vgl. Abb. 4). Die „Gravitationszentren“ der Zuwanderung verlagerten sich erneut. Einen Überblick über die Veränderungen der Wanderungsverflechtungen von 2002 bis 2012 gibt Abbildung 6 durch den Vergleich der zahlenmäßig bedeutendsten Migrationen zwischen Herkunfts- und Zielländern für drei Zeiträume von jeweils drei Jahren:

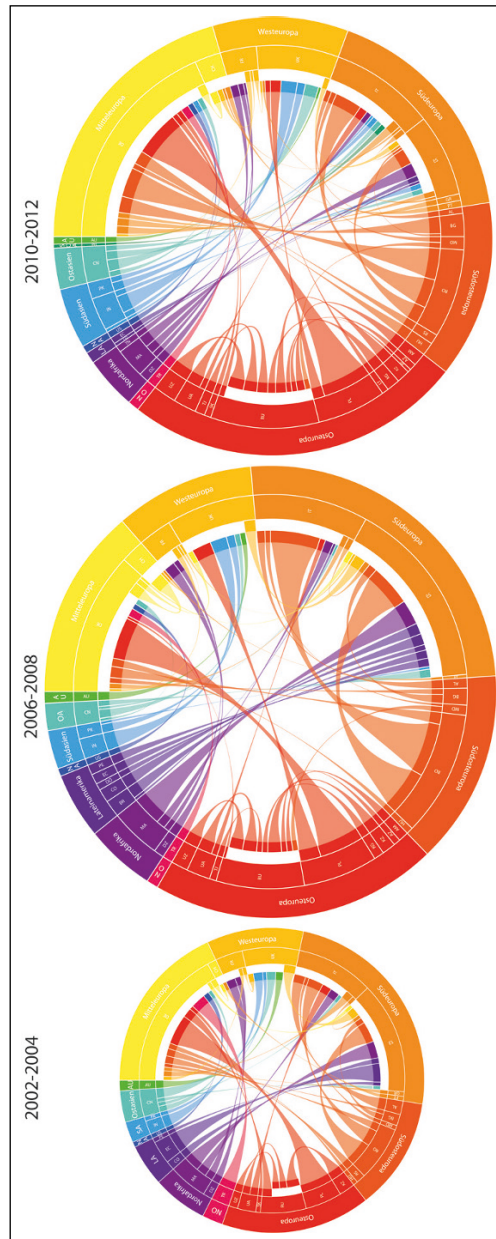
- vor der Ost-Erweiterung der Europäischen Union (2002–2004),
- vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise (2006–2008) und
- nach bzw. während dieser Krise (2010–2012).

Grundlage für Abbildung 6 sind Daten zur Zuwanderung in die einzelnen OECD-Mitgliedstaaten und Angaben zu den 15 wichtigsten Herkunftsländern der Migranten (OECD 2014). Die Komplexität aller erfassbaren Wanderungsverflechtungen erfordert für ihre

Darstellung eine Informationsreduktion. Daher sind in Abbildung 6 auf Basis einer Häufigkeitsauszählung zum einen nur europäische Zielländer berücksichtigt, die in einem der drei festgelegten Zeiträume mindestens 400 000 Zuzüge registrierten: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Russland, Schweiz und Spanien. Zum anderen werden nur Herkunftsländer einbezogen, die in einem Zeitraum Abwanderungen von mindestens 30 000 Personen bzgl. eines dieser Zielländer verzeichnen.

Das erfasste Wanderungsvolumen erhöhte sich im Zeitraum von 2006 bis 2008 beträchtlich (vgl. Abb. 6). Die politische Erweiterung der Europäischen Union führte auch zu einer geographischen Ausweitung des europäischen Migrationsregimes. Diese Expansion wurde durch die konjunkturelle Entwicklung bis 2008 gestützt, die die Anziehungskraft der EU, insbesondere Südeuropas, als Ziel von Migranten vor allem aus Nordafrika und Lateinamerika stärkte. Im Vergleich zu den bevorzugten Ländern Italien und Spanien (vgl. Abb. 4) verlor Deutschland zunächst an Bedeutung, während die Attraktivität von Frankreich und Großbritannien in etwa konstant blieb. Im Zeitraum von 2010 bis 2012 geht das Wanderungsvolumen leicht zurück. Deutschland wird zum Zielland mit den meisten Zuwanderern, während Spanien und Italien merklich an Wichtigkeit verlieren.

Über die drei Zeiträume hinweg fallen bzgl. der Wanderungsverflechtungen Konstanten, aber auch deutliche Wandlungen auf. So gewinnt Russland als Ziel von Migranten aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zunehmend an Anziehungskraft. Herkunftsländer von Personen, die nach Großbritannien ziehen, stammen zu einem hohen Anteil aus Süd- und Ostasien. Seit 2006 hat die Zahl von Zuwanderern aus Polen, seit 2010 aus Lettland deutlich zugenommen (vgl. Kap. 1; Abb. 7). Ähnlich wie für Großbritannien stellen auch für Frankreich ehemalige Kolonien die wichtigsten Herkunftsländer dar. Briten verlassen Großbritannien bevorzugt für ihren Altersruhesitz in Spanien, während Franzosen – vermutlich überwiegend wegen der höheren Löhne – nach Deutschland, Großbritannien oder in die Schweiz ziehen. Migrationen nach Deutschland haben ihren Ausgangspunkt in Ost- (z. B. Polen) und Südosteuropa (z. B. Rumänien, Bulgarien, Serbien). Die Türkei mit hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten bis 2013 verliert als Herkunftsland an Bedeutung, Indien und China verzeichnen Zuwächse, wahrscheinlich infolge ihrer wachsenden Einbindung in die Weltwirtschaft. Die konjunkturelle Entwicklung in Verbindung mit einem steigenden Arbeitsangebot in Deutschland nach Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 führt dazu, dass in den Jahren 2010 bis 2012 Italien, Spanien, Portugal und Griechenland als Herkunftsländer wieder zu finden sind, dass sich also die Zuwanderung aus Südeuropa deutlich erhöht hat, nicht zuletzt in Verbindung mit Push-Faktoren wie der dortigen schlechten Arbeitsmarktsituation. Abwanderer aus Deutschland bevorzugen die benachbarte Schweiz mit ihren deutlich höheren Löhnen, was durch die Wechselkursentwicklung zugunsten des Franken noch verstärkt wird.



**Abb. 6** Wanderungsverflechtungen ausgewählter europäischer Länder, 2002 bis 2012\*

\*Die Zuordnung der Länder zu Teilräumen Europas orientiert sich an der Entwicklung der Migrationsregime seit 1950. Daher ist Deutschland ein Teil von Mittel-, Polen ein Teil von Osteuropa. Die Kennzeichnung der Länder entspricht den Ländercodes nach ISO-3166-1 und erklären sich von selbst (Ausnahme: DZ steht für Algerien).

Quelle: eigene Auswertung nach Daten der OECD (2014); Kartografie: Manuela Cretu

Südeuropa nimmt im Zeitraum von 2006 bis 2008 eine dominante Position im europäischen Migrationsregime ein (vgl. Abb. 4; 6). Spanien zieht Zuwanderer vor allem aus Marokko und einer Vielzahl lateinamerikanischer Länder an und entwickelte sich wie Italien zu einem Hauptzielland von Migranten aus Rumänien. Seit der Krise 2008/09 verliert Spanien jedoch deutlich an Anziehungskraft, vor allem für Personen aus Lateinamerika. Für Italien hat sich die Situation in den Jahren 2010 bis 2012 nur wenig im Vergleich zur vorherigen Phase geändert. Spanien und Italien ist gemeinsam, dass die Zuwanderung aus Asien an Bedeutung gewonnen hat und dass Rumänen nach wie vor die größte Zuwanderergruppe sind. Interessanterweise hatte die Osterweiterung der Europäischen Union keinen nennenswerten Einfluss auf die Migration aus Rumänien. Schon im Zeitraum 2002 bis 2004 bevorzugten Rumänen Spanien und Italien als Migrationsziel. Obwohl einige Länder ihren Arbeitsmarkt schon direkt im Jahr 2007 für Rumänien geöffnet hatten, setzten sich die Wanderungen weiterhin unvermindert in diejenigen Länder fort, die bereits zuvor die Hauptzielländer darstellten, insbesondere Spanien und Italien (vgl. Abb. 6).

Am Beispiel der Bewegungen zwischen Rumänien und Spanien lässt sich daher der Einfluss von Migrationsnetzwerken gut illustrieren – und zugleich die mitunter nur begrenzte Wirkungskraft migrationspolitischer Maßnahmen (Elrick 2008). Seit dem Ende der 1990er Jahre hatte sich in Spanien mit dem stetigen Anwachsen rumänischer Migranten ein enges Migrationsnetzwerk herausgebildet, das durch Regularisierungen „illegaler“ Migranten und durch die 2002 erfolgte Aufhebung der für rumänische Staatsbürger bestehenden Visumpflicht für den Schengen-Raum weiter gefestigt wurde. Mehr rumänische Migranten hatten nun einen festen Aufenthaltsstatus, die Einreisebarrieren fielen weg und die transnationalen Verbindungen zwischen Herkunftsorten oder -regionen und den Zielgebieten in Spanien verdichteten sich. Aufgrund dieser starken Vernetzungen bleibt Spanien weiterhin ein attraktives Wanderungsziel in Europa; ähnliches gilt im Falle rumänischer Migranten wohl auch für Italien.

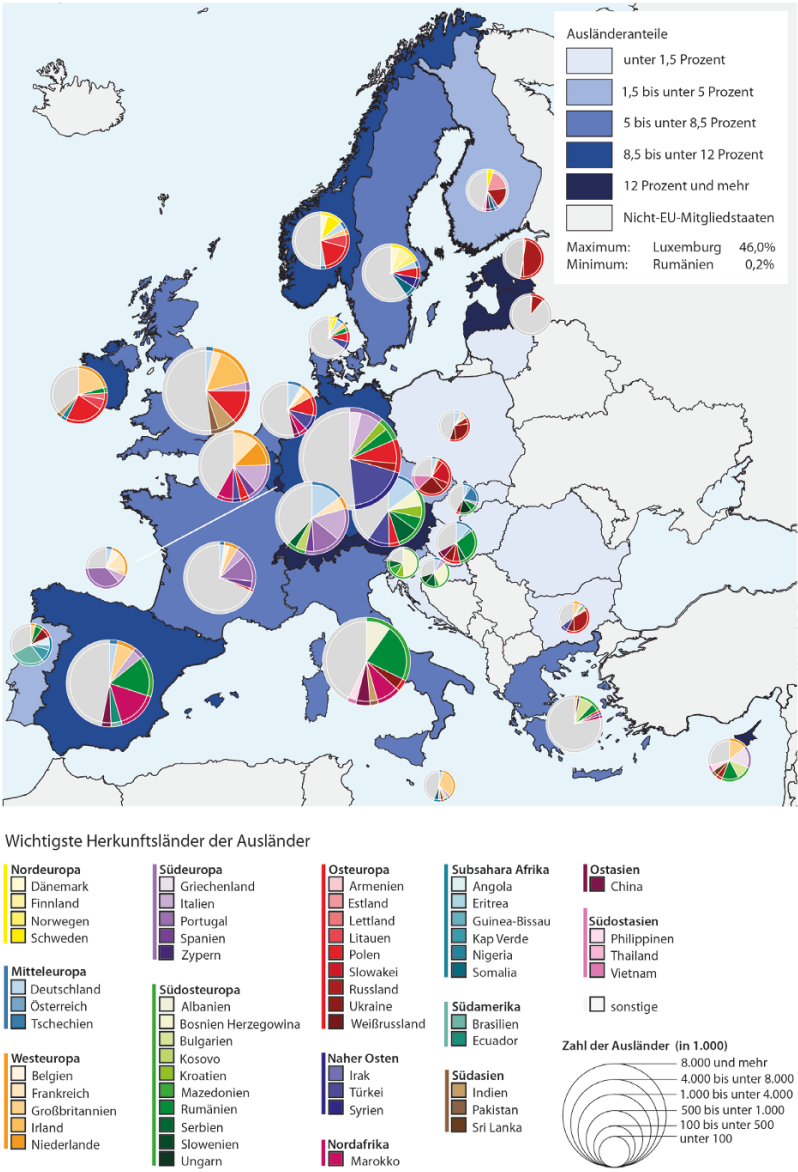
Abbildung 6 veranschaulicht trotz aller Vereinfachungen der Darstellung die zunehmende Diversität in der nationalen Zusammensetzung der internationalen Migrationen nach und in Europa seit den 1990er Jahren (vgl. dazu auch Vertovec 2007). Zugleich werden *fünf* Charakteristika des europäischen Migrationsgeschehens sichtbar, die die gegenwärtige Verteilung der ausländischen Bevölkerung beeinflussen (vgl. Abb. 7):

#### 1. *Geographisch verdichtete Teilnetze*

Sie sind z. B. in den skandinavischen Ländern, in Polen, Tschechien, der Slowakei sowie in Österreich daran zu erkennen, dass die dort am stärksten vorkommenden Nationalitäten oftmals benachbarten oder nahe gelegenen Staaten zuzurechnen sind. Geographische Clusterungen der Verteilung lassen sich auch bei der jüngsten Flüchtlingszuwanderung erkennen.

#### 2. *Verflechtungen, die seit den 1950er Jahren vergleichsweise stabil sind*

Hierzu zählen insbesondere die Zuwanderungen aus ehemaligen Kolonien europäischer Länder. Beispielfhaft dafür stehen Großbritannien und Frankreich.



**Abb. 7** Ausländische Bevölkerung nach den jeweils sieben größten nationalen Gruppen in den EU-Mitgliedstaaten (1. Januar 2015)\*

\* Für die Länder Belgien, Bulgarien, Estland, Irland, Griechenland, Kroatien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien und Finnland musste auf den Zensus 2011 zurückgegriffen werden. Alle anderen Länder haben auf den Web-Seiten ihrer nationalen Statistikämter aktuelle Angaben für den 1. Januar 2015. Für Rumänien und Litauen gibt es keine Informationen.

Quelle: Europäische Union, nationale Statistikämter; Kartografie: Manuela Cretu

*3. Migrantennetzwerke, die sich im Verlauf der Gastarbeitermigration geformt und als Folge des Familiennachzuges gefestigt haben*

Die nationalen Zusammensetzungen der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz, in Deutschland, Belgien oder den Niederlanden spiegeln mit ihrem hohen Anteil von Türken, Italienern, Portugiesen oder Marokkanern diese Wanderungen wider.

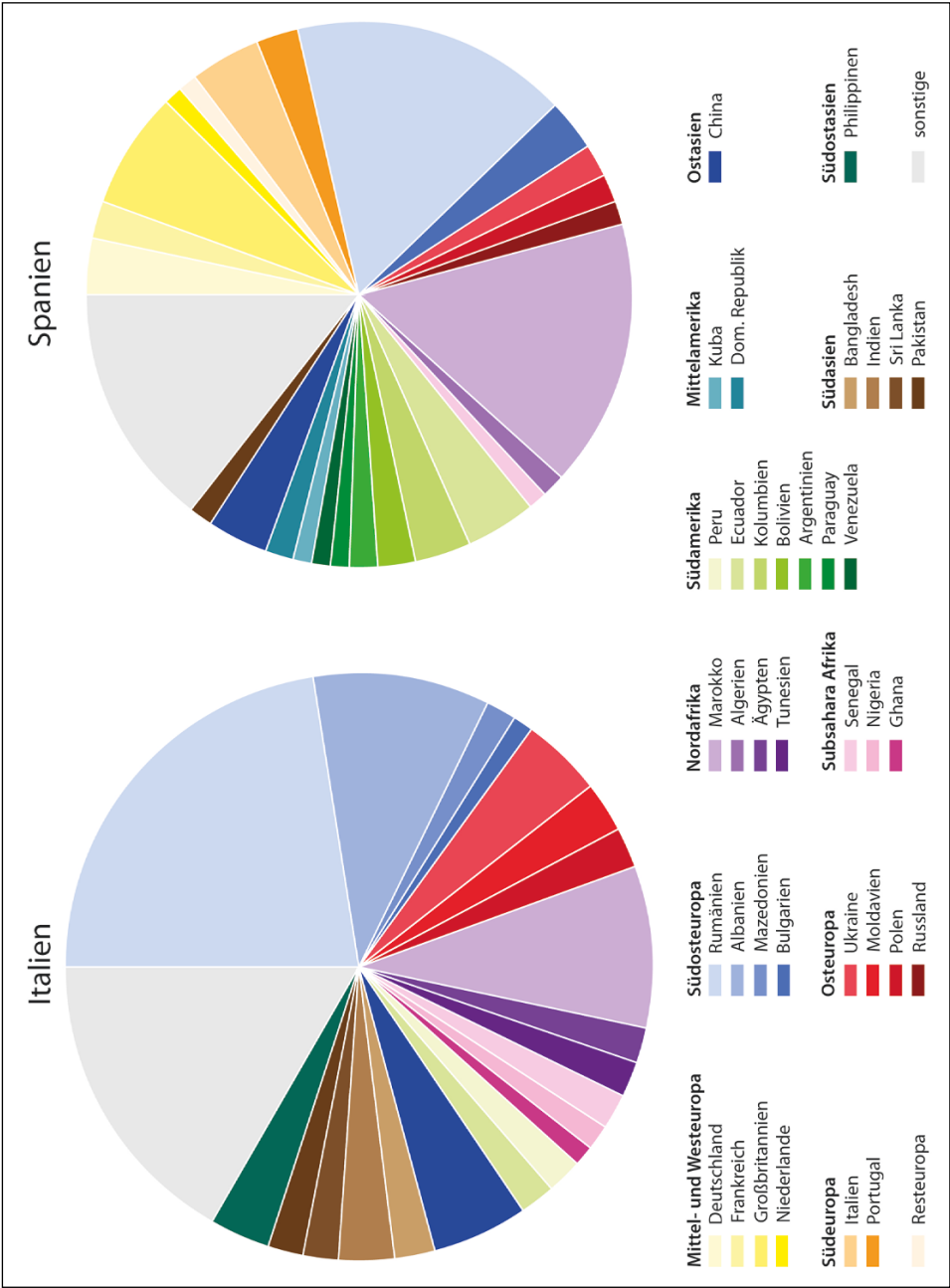
*4. Die Überformung des vor 1990 entstandenen räumlichen Musters durch neue und sich ausweitende Migrationen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und noch intensiviert seit den EU-Osterweiterungen 2004 und 2007*

In Großbritannien haben Polen Anfang 2015 Inder als stärkste ausländische Gruppe abgelöst, Rumänen und Litauer sind häufiger als Bangladeschi vertreten. In Deutschland sind Polen die zweitstärkste Gruppe, noch vor Italienern. Insgesamt sind Polen in den meisten Ländern Mittel-, West- und Nordeuropas unter den zahlenmäßig sieben stärksten Nationalitäten anzutreffen. Im Vergleich dazu sind Rumänen vor allem nach Italien und Spanien migriert.

*5. Die Transformation der südeuropäischen Länder zu Einwanderungsländern*

Die nationale Zusammensetzung der ausländischen bzw. migrantischen Bevölkerung in Südeuropa unterscheidet sich in Heterogenität und Herkunft deutlich von der Struktur in den früheren Zielländern der Gastarbeitermigration. In Italien stammen die größten Migrantengruppen aus südost- und osteuropäischen Ländern, aus Nordafrika wie aus Subsahara-Afrika, aus Ost- wie aus Südasien (vgl. Abb. 8). Eine vergleichbar heterogene Bevölkerungsstruktur hinsichtlich der Nationalität – allerdings mit einer Vielzahl latein-amerikanischer Staatsangehöriger – weist die ausländische Bevölkerung in Spanien auf. In Portugal kommen die meisten der etwa 395 000 Ausländer aus ehemaligen Kolonien (u. a. Brasilien: 27,8 %, Kapverden: 9,8 %, Angola: 6,8 %), gefolgt von Angehörigen aus Osteuropa (u. a. Rumänien: 6,2 %, Ukraine: 5,5 %), während in Griechenland die zahlenmäßig größten Migrantengruppen (insgesamt 905 000 Personen) aus südost- und osteuropäischen Ländern stammen (Albanien: 53,1 %, Bulgarien: 8,4 %, Rumänien: 5,1 %, Georgien: 3,0 %). Schließlich tragen auch die Flüchtlinge zur Transformation der südeuropäischen Länder (wie auch der Türkei) bei. Auch wenn die Mehrheit der in jüngster Vergangenheit und wohl auch in näherer Zukunft gerade in Südeuropa – und hier vor allem in Griechenland und in Italien – eintreffenden Flüchtlinge in nördlich gelegene Länder weiterwandert, ist zu vermuten, dass aus unterschiedlichen Gründen (z. B. Dublin-System, Eintritt in den lokalen Arbeitsmarkt, soziale Netzwerke; Kap. 6) doch stets auch ein gewisser Teil der Flüchtlingsgruppen mittel- und längerfristig in den EU-Mitgliedstaaten, in die sie als erstes eingereist sind, verbleibt.





**Abb. 8** Ausländische Bevölkerung in Italien und Spanien nach den jeweils 15 stärksten Nationalitäten (2015)

Quelle: Istituto Nazionale di Statistica; Instituto Nacional de Estadística

## 5 Pluralisierung des europäischen Migrationsgeschehens

Die beschriebenen Entwicklungen der Migrationen in den verschiedenen Regionen Europas seit dem Zweiten Weltkrieg zeigen viele Elemente einer Pluralisierung der Wanderungen in, aus und nach Europa und die europäischen Staaten. Die relative Eindeutigkeit der „Karte“ europäischer Migration in der Epoche der Gastarbeitermigration (vgl. Abb. 1) löste sich seit den 1980er Jahren und insbesondere seit dem Fall des Eisernen Vorhangs allmählich auf (King 2002). Die Zunahme und Diversifizierung der Herkunfts- und Zielländer hatte neue Geographien der Migration zur Folge (vgl. Abb. 6).

Die veränderten Geographien der europäischen Migration sind eng mit der Erweiterung der Europäischen Union, der Konstruktion von Freizügigkeit und der sich wandelnden Migrationspolitik verbunden (vgl. Kap. 6). Zum einen decken die Staaten der EU geographisch heute einen großen Teil des Kontinentes Europa ab. Zum anderen beeinflusst die EU als wichtiger politischer Akteur der Regulierung und Steuerung von Migration in und nach Europa die geographischen Muster der Migrationen bzw. bringt sie mit hervor: Während auf der einen Seite durch den Abbau von Grenzkontrollen und Freizügigkeits-einschränkungen Wanderungen von EU-Bürgern innerhalb des Gebiets der Europäischen Union erleichtert werden, führen auf der anderen Seite die territoriale Erweiterung der EU und die zunehmenden Bemühungen um die Sicherung der EU-Außengrenzen zur Entstehung neuer Migrationsrouten.

Parallel zur Pluralisierung der Geographien der europäischen Migration wurden auch die Wanderungsformen, die sozio-ökonomischen und demografischen Charakteristika sowie der rechtliche Status der Migranten heterogener. Die fordistische Arbeitsmigration, welche die Wanderungen in Europa in den ersten Nachkriegsjahrzehnten hauptsächlich geprägt hatte, wurde nach dem Zuwanderungsstopp für „Gastarbeiter“ Anfang der 1970er Jahre von Familiennachzügen, Rückwanderungen, (semi-)irregulärer Arbeitsmigration, der Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden sowie temporären Wanderungen und Pendelmobilitäten abgelöst. Migrantennetzwerke und transnationale soziale Räume bildeten sich heraus (vgl. Wehrhahn 2016: 60f.), verfestigten und perpetuierten die Migrationsbeziehungen zwischen verschiedenen Ländern und machten damit Wanderungen in verschiedene Richtungen wahrscheinlicher. Im Kontext veränderter Wanderungsformen und -bedingungen verwischen die Dichotomien zwischen temporärer und dauerhafter Migration sowie zwischen Migration und anderen Formen räumlicher Mobilität (King 2002: 91ff.). Auffallend ist beispielsweise in Italien oder Spanien die männlich geprägte Zuwanderung aus muslimischen Ländern wie Marokko, Senegal oder Bangladesch, im Gegensatz zu der überwiegend weiblichen Zuwanderung von den Philippinen, den Kapverden oder der Dominikanischen Republik – eher katholisch geprägten Ländern (King 2000: 12f.). Die Gender-Asymmetrie geht mit einer Konzentration von Frauen in bestimmten Arbeitsmarktsegmenten einher: Während Frauen häufiger in Privathaushalten als Haushaltshilfen, Reinigungs- oder Pflegekräfte beschäftigt sind (Anthias/Lazaridis 2000), wird z. B. die senegalesische Zuwanderung in Italien und Spanien von Männern geprägt, die häufig in Städten oder Touristenzentren als Straßenhändler arbeiten. Im Vergleich sind

Albaner und Rumänen geographisch stärker dispers und eher in verschiedenen Arbeitsmarktssektoren zu finden (King et al. 2010: 44f.).

Im Zuge der vielfältiger werdenden Wanderungen in und nach Europa hat sich die Bevölkerung der europäischen Gesellschaften verändert. Insbesondere für westeuropäische Städte kann heute von einer „Super-Diversity“ (Vertovec 2007) gesprochen werden: Zur wachsenden Diversität der nationalen und ethnischen Herkunft der städtischen Bevölkerungen kommt die allgemeine Tendenz der Heterogenisierung der rechtlichen und sozio-ökonomischen Status, der Alters- und Gender-Profile, der Religionszugehörigkeiten und der räumlichen Verteilungsmuster hinzu. Die seit 2011 gewachsenen Fluchtbewegungen mit dem Ziel Europa tragen zu einer weiteren Diversifizierung der Bevölkerungen bei.

Sucht man nach den großen Entwicklungslinien des europäischen Migrationsgeschehens und regionaler Migrationsräume, verdeckt dieser Blick leicht Migrationsformen, die nicht in die gängigen Beobachtungsschemata passen, die aber ebenfalls zur Pluralisierung der europäischen Migration beitragen. Ein Beispiel dafür sind Wohlstands-, Ruhestands- und „Lifestyle“-Wanderungen, zumeist von Menschen aus Nordeuropa in die wärmeren Regionen im Süden Europas. Sie sind zum Teil saisonal begrenzt und damit eine Form transnationaler Mobilität mit fließenden Grenzen zum Tourismus, zum Teil sind sie auch mit längerfristigen Aufenthalten verbunden.

Die internationale Mobilität von Studierenden trägt heute ebenfalls zur Vielfalt der europäischen Migration bei. Die mit Abstand wichtigsten europäischen Zielländer dieser von der Politik im Rahmen des globalen „Wettbewerbs um die besten Köpfe“ mit Hilfe verschiedener Mobilitätsprogramme stark geförderten Bildungsmigration aus Staaten innerhalb und zunehmend auch außerhalb der EU sind Großbritannien, Frankreich und Deutschland (vgl. Barthelt et al. 2015).

Eine weitere Migrationsform, deren quantitative Bedeutung zunimmt, sind die Wanderungen Hochqualifizierter (Ette/Sauer 2010). In der Regel werden darunter Menschen mit einem höheren tertiären Bildungsabschluss oder gleichwertiger Expertise in einem spezifischen Berufsbereich gefasst. Ein Teil dieser Hochqualifizierten-Migration bzw. -Mobilität – häufig handelt es sich um temporär begrenzte Wanderungen – findet im Rahmen multinationaler Unternehmen sowie innerhalb internationaler und supranationaler Organisationen statt. In den letzten Jahren wuchs das wirtschaftliche und politische Interesse an der Migration Hochqualifizierter als einer „erwünschten“ Form von Arbeitsmigration, der eine zentrale Rolle für die Zukunftsfähigkeit der europäischen Ökonomien zugeschrieben wird (vgl. Kap. 6).

Die Wanderungen von Hochqualifizierten, Studierenden und Rentnern verweisen schließlich auf ein weiteres aktuelles Element der Pluralisierung der europäischen Migration: auf spezifische Formen der intra-europäischen Migration, d.h. der Migration zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Während die internationale Migration aus so genannten „Drittstaaten“ nationalen und supranationalen Regulierungen und Einschränkungen unterliegt, gilt für die ebenfalls internationalen Wanderungen innerhalb der Europäischen Union das Freizügigkeitsprinzip. Sie nehmen damit den Charakter einer Binnenmigration an. Diese Umdeutung wird von der Europäischen Union unterstützt, die politisch, begrifflich-rhe-

torisch und rechtlich zwischen der „Migration“ von „Drittstaaten-Angehörigen“ und der „Mobilität“ von EU-Bürgern unterscheidet (Boswell/Geddes 2010). Die Konstruktion eines „EU-Migrationsraums“ generiert und verfestigt daher Hierarchisierungen zwischen Migrationen und Migranten hinsichtlich des Herkunftslandes, der Qualifikation und des Status – das gegenwärtige Ungleichheitsspektrum reicht von Hochqualifizierten aus EU-Mitgliedstaaten bis zu Flüchtlingen aus armen „Drittstaaten“ (King 2002: 98). Hierarchisierungen von Migranten sind freilich nicht statisch, sondern verändern sich mit politischen Grenzziehungen, ökonomischen Interessen oder demografischen Entwicklungen. Auch die Pluralisierung der Migrationen in, aus und nach Europa wird erst im Kontext politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Dynamiken verständlich.

---

## **6 Migrations- und Asylpolitik der Europäischen Union**

Seit Mitte der 1980er Jahre übertreffen die Außenwanderungsgewinne der jeweiligen EU-Staaten den Saldo aus Geburten- und Sterbeziffern. Die Nettowanderungen sind die entscheidende Größe für die Bevölkerungsentwicklung, und sie führten zugleich zu einer zunehmenden Diversifizierung der Wohnbevölkerung (vgl. Kap. 5). Die Ursachen hierfür liegen in sich zeitlich ändernden und räumlich ausdifferenzierenden Migrationstrends als Folge politischer Umbrüche, ökonomischer Bedingungen und Krisen, kriegereischer Auseinandersetzungen sowie von Armut und Verfolgung aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen. Auch die schrittweise Erweiterung sowie der fortschreitende Einigungsprozess der Europäischen Union tragen zu der wachsenden Komplexität bei. Die Realisierung von Zielen der EU-Integration, z. B. bei der Umsetzung des freien Personenverkehrs oder der Freizügigkeit von Arbeitnehmern gemäß Artikel 45 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU, erfordert eine engere Kooperation in der Migrations- und Asylpolitik, der allerdings häufig die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten entgegenstehen – wie sich in der „Flüchtlingskrise“ und im „Brexit“ nachdrücklich zeigt.

Zu Beginn der 1980er Jahre hatte die Europäische Union noch keine Befugnisse im Bereich der Migrations- und Asylpolitik. Entscheidungen dazu gingen von den Innen- und Justizministern der Mitgliedstaaten aus. Ausgangspunkt der Vergemeinschaftung in diesem Politikfeld war die Schaffung eines EU-Binnenmarktes, wie 1985 von der Europäischen Kommission im „Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes“ vorgelegt (Jahn et al. 2006: 6). Im selben Jahr hoben Frankreich, Deutschland sowie die Benelux-Länder die stationären Personenkontrollen an ihren Binnengrenzen auf (Schengen-I-Abkommen), um den freien Personenverkehr als ein zentrales Element des Binnenmarktes zu verwirklichen. Damit ergab sich „(...) gleichzeitig die Dringlichkeit einer kompensatorischen Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Sicherung ihrer Außengrenzen und beim Zugang von Drittstaatsangehörigen zu den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten“ (vgl. Jahn et al. 2006: 6).

In „Schengen II“ oder im Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ) wurde dann 1990 die Umsetzung der politischen Vereinbarungen festgehalten (vgl. Lavenex 2009: 5, 6; Jahn et al. 2006: 6f.):

1. Das einheitliche Schengenvisum regelt die Bestimmungen für die Einreise und den kurzfristigen Aufenthalt von Ausländern im Schengen-Raum.
2. Die asylpolitischen Festlegungen, die 1990 in der Vereinbarung von Dublin fixiert wurden (Dublin I), bezogen sich auf drei Herausforderungen:
  - Unterbindung der Migration von Asylsuchenden zwischen Ländern des Schengen-Raumes (Asylsuchende sollten in dem Mitgliedstaat, in den sie als erstes eingereist sind, verbleiben, damit Länder mit überdurchschnittlichen Sozialleistungen nicht übermäßig belastet werden),
  - Verhinderung von Anträgen in mehreren Ländern durch Asylsuchende („Asyl-Shop-ping“), auch zur
  - Vermeidung des Risikos für Asylsuchende, von einem Staat zum anderen abgeschoben zu werden („Refugee-in-orbit“-Phänomen).

Das SDÜ trat 1995 in Kraft, 1997 dann Dublin I. Dieser so genannte Schengener Besitzstand ging 1997 im Vertrag von Amsterdam in Europäisches Recht über. Damit wurde die Migrations-, Asyl- und Visumpolitik dem „(...) vergemeinschafteten Bereich der EG zugeordnet (...)“ (vgl. Jahn et al. 2006: 7). Dem Schengen-Raum traten von den EU-Mitgliedsländern bis heute nur Großbritannien, Irland und Zypern nicht bei. Bulgarien, Rumänien und Kroatien wenden das SDÜ nur in Teilen an.

Der 1999 in Kraft getretene Amsterdamer Vertrag zielte auf die Schaffung eines „(...) Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen (...)“ (EU-Vertrag, Art. 3, Abs. 2 und 3; Jahn et al. 2006: 8). Ziel von Dublin I war die Harmonisierung der Asylverfahren in der Europäischen Union. Doch eine gemeinsame Migrations- und Asylpolitik war nicht durchsetzbar, da deren Auswirkungen auf die nationalen Arbeitsmärkte, die Integration von Immigranten oder die Rückführung von Flüchtlingen von den Mitgliedstaaten politisch sehr unterschiedlich bewertet wurden, obwohl Dublin II (2003) und Dublin III (2013) regeln, welcher Mitgliedstaat unter welchen Kriterien für die Prüfung eines Asylantrags, den ein Drittstaatsangehöriger in einem EU-Land stellt, zuständig ist (vgl. Internet: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=URISERV%3A133153>. Zugriff: 22.03.2017). Die Mitgliedstaaten bleiben weiterhin für die Verfahren zur Einreise von Immigranten in ihr Hoheitsgebiet und die Steuerung der Arbeitsmigration zuständig (vgl. Europäische Kommission 2014). Die Folge dieser ‚stecken gebliebenen‘ Reformen ist ein migrationspolitischer „Flickenteppich“ (Geiger 2011: 21), der die Migrationspolitik bis heute kennzeichnet. Die EU kann nach wie vor nur den rechtlichen Rahmen bestimmen – wie zum Beispiel vereinfachte Zulassungsverfahren für bestimmte Gruppen von Migranten, die aus Gründen des Studiums, der Forschung, der Beschäftigung (Blue Card, Saisonarbeitskräfte, Fach- und Führungskräfte international tätiger Unternehmen) oder der Familienzusammenführung zuwandern (vgl. Europäische Kommission 2014). Diese

Limitation dokumentiert den leidigen Kompromiss zwischen der restriktiven Einwanderungspolitik der Mitgliedstaaten seit Mitte der 1970er Jahre und den Bestrebungen der Europäischen Union zur Harmonisierung der Migrations- und Asylpolitik seit dem Schengener Abkommen. Beide Positionen unterstützen die Sicherung und Kontrolle der EU-Außengrenzen (vgl. Kasperek 2010), um beispielsweise irreguläre Zuwanderungen zu unterbinden. Doch stieß der Vorschlag der Europäischen Union von 2002, eine gemeinsame Grenzkontrolle unter ihrer Aufsicht zu institutionalisieren, auf wenig Zustimmung der Mitgliedstaaten, da diese Souveränitätsverluste befürchteten. Die 2004 gegründete Grenzschutzagentur Frontex (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen) nimmt daher nur die Koordination vielfältiger Aktivitäten zur Sicherung der EU-Außengrenzen wahr und verfolgt zur Verhinderung irregulärer Zuwanderung ein Konzept mit vier unterschiedlichen geographischen Komponenten (vgl. Kasperek 2010: 128):

- „Beyond the borders“ steht für Maßnahmen in den Herkunftsräumen von potentiellen Zuwanderern und in Transitstaaten im Vorfeld der Europäischen Union.
- „Across the border“ umfasst die Kooperation von zuständigen staatlichen Institutionen beiderseits der Grenze.
- „At the border“ bezieht sich auf Kontrollen direkt an der Grenze.
- „Entire interior of the European Union“ fordert gemeinsame Aktivitäten der Mitgliedstaaten zur Kontrolle von Migration und Rückführung von Migranten ohne Aufenthaltserlaubnis.

Von Beginn an bildet die südeuropäische Außengrenze den räumlichen Schwerpunkt der Aktivitäten von Frontex (vgl. Abb. 9). Die Nähe zu Nordafrika und dem Nahen Osten, das ökonomische Gefälle, die gegensätzlichen politischen Strukturen sowie soziale und demografische Unterschiede prädestinieren die EU-Länder Portugal, Spanien, Italien und Griechenland als Ziel von Migranten aus dem globalen Süden (vgl. Kap. 3.2). Zunächst entwickelte sich Marokko – seit den 1960er Jahren Auswanderungsland – aufgrund seiner Nähe zu Europa zum wichtigsten Transitraum Richtung Norden. Diese Funktion wurde durch den Beitritt Spaniens zur Europäischen Union 1986 und zum Schengen-Raum 1990 noch gestärkt. So querten seit Ende der 1980er Jahre zunehmend Einwanderer aus dem Maghreb und Subsahara-Afrika in kleinen Booten heimlich die Straße von Gibraltar, um auf diese Weise die Hürden des Schengen-Abkommens zu umgehen (West-Mittelmeer-Route; vgl. Abb. 9). 1990 schätzte das spanische Innenministerium die Zahl der Personen ohne rechtmäßigen Aufenthalt auf etwa 300 000 (El País, 08.12.1990: 15), bei offiziell 407 000 registrierten Ausländern. In den folgenden Jahren erhöhte sich die Zahl irregulärer Zuwanderer. So griff die Guardia Civil Anfang Oktober 2000 an nur einem Tag 452 Migranten an der andalusischen Küste auf (Revista de la Prensa, Nov. 2000: 1).

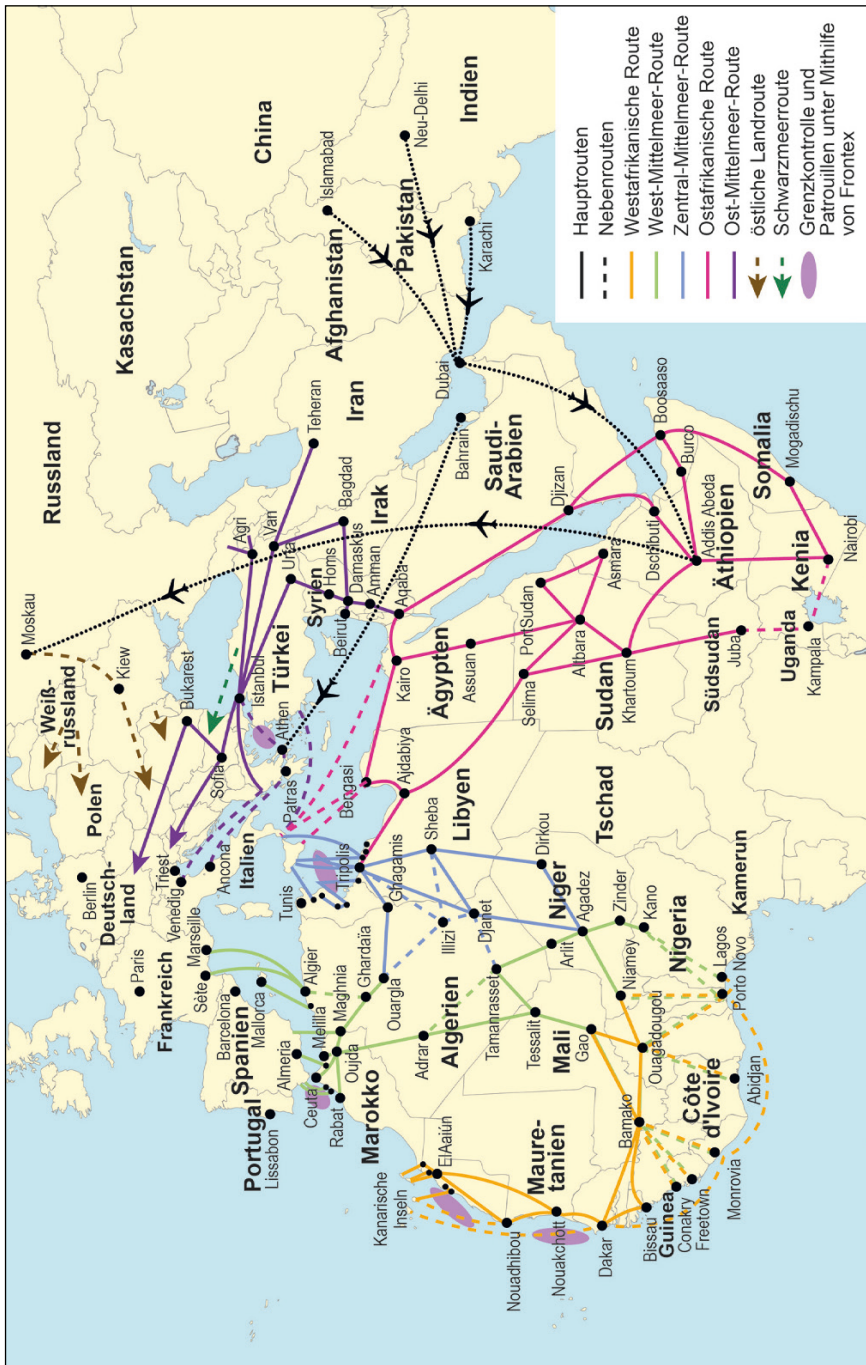
Bereits 1990 war die spanische Regierung bestrebt, die unübersichtliche Mittelmeerküste undurchlässig zu machen – allerdings ohne großen Erfolg (vgl. Abb. 9). 1993 ließ sie in der Enklave Ceuta einen 8,4 km langen Zaun an der Grenze zu Marokko errichten („At the border“). Bis heute hat Spanien mit Hilfe der Europäischen Union auch um Melilla ein

Bollwerk gezogen („Beyond the borders“): drei Zäune in geringem Abstand zueinander, zwölf Kilometer lang, sechs Meter hoch, gesichert mit NATO-Draht, kontrolliert durch Infrarot- und Videokameras, bewacht von marokkanischer auf der einen und spanischer Polizei auf der anderen Seite der Grenze (Popp 2014: 50). Trotzdem gelingt es bis heute immer wieder Menschen, die Anlagen zu überwinden oder die Straße von Gibraltar zu queren – trotz des Einsatzes von Drohnen, Satelliten, Küstenradarstationen und Aufklärungsflugzeugen seit 1999 (Gans et al. 2015: 90). 2016 erreichten laut Frontex gut 10 000 Migranten Spanien via Marokko (vgl. Frontex 2016).

In Reaktion auf sich verändernde Grenzen und Grenzschutzmaßnahmen suchten sich Migranten, die Europa erreichen wollten, neue Wege: Ausgehend von Mauretanien und Senegal kamen im Jahr 2000 etwa 2 500 Flüchtlinge auf den rund 1 500 km nördlich gelegenen Kanaren an (Westafrikanische Route; vgl. Abb. 9), 2006 waren es knapp 32 000; in den Folgejahren fielen die Zahlen dann bis 2014 auf unter 300 Flüchtlinge und stiegen 2015/16 auf jeweils weniger als 900 an, während sie auf der Zentral- und der Ost-Mittelmeer-Route deutlich zunahmen (Frontex 2016). Die Hintergründe für den markanten Rückgang der Flüchtlingszahlen auf der Westafrikanischen Route lassen sich im Vorgehen von Frontex – und damit der Europäischen Union – erkennen, insbesondere in der Kombination von „fencing“ und „gate-keeping“ (vgl. Triandafyllidou 2010: 2). Sie spiegeln die räumliche Dimension der Grenzsicherung wider („Across the border“; vgl. Kasperek 2010: 129; Abb. 9):

1. die Überwachung des Meeresgebiets zwischen den Kanaren und der afrikanischen Küste bis Dakar im Senegal durch Frontex;
2. die Vereinbarung von Spanien und der Europäischen Union mit Mauretanien, Senegal und Kapverden, die Operationen von Frontex mit Schiffen aus verschiedenen EU-Ländern erlaubt; so konnte Frontex Schleuserboote bereits nahe der afrikanischen Küste stoppen: „(...) the European border has been externalized and pushed south by several thousand kilometres“ (vgl. Kasperek 2010: 130);
3. gemeinsame Patrouillen mauretanischer und spanischer Polizei in Mauretanien seit Mai 2006 sowie die Einrichtung eines Transitzentrums in Nouadhibou (vgl. Poutignat/Streiff-Fénart 2010: 208).





**Abb. 9** Wichtigste Migrationsrouten aus Afrika und Nahem Osten nach Europa bis 2015  
Quelle: Gans et al. 2015: 91; Entwurf: Christina West

Seit den 1980er Jahren ist auch Italien Ziel von Migranten, die aus Afrika, damals vor allem aus dem Maghreb, zuwanderten und die, ähnlich wie in Spanien, aufgrund des stark segmentierten italienischen Arbeitsmarktes (vgl. Kap. 3.2) im informellen Sektor Einkommen erzielen konnten und können (vgl. Triandafyllidou 2011: 55). Die Einführung der Visapflicht für Einreisende in die Europäische Union mit dem Inkrafttreten von Dublin I im Jahr 1997 führte nicht zu einer Verringerung der Zuwanderung, da die wiederholten Legalisierungen der Aufenthalte von Migranten mit irregulärem Status diese Maßnahme bis zu ihrem Verbot im Jahr 2000 durch die Europäische Union immer wieder unterliefen (vgl. Carling 2007: 13). Zudem führten der Ausbau der Grenzüberwachung in der Straße von Gibraltar sowie Rückübernahmevereinbarungen von Spanien mit mehreren afrikanischen Ländern zu einer Verlagerung der Migrationsrouten vom westlichen Afrika und vom Weg über die Kanarischen Inseln hin zur Zentral-Mittelmeer-Route (vgl. Abb. 9). „During the 2000s, the main entry channel to Italy was the crossing from Tunisia and Libya to Sicily and Lampedusa“ (vgl. Triandafyllidou 2011: 59). Libyen war zu diesem Zeitpunkt bereits als Ziel in ein Migrationsnetzwerk zwischen West- und Nordafrika eingebunden. Denn schon in den 1970er Jahren kamen Migranten aus Subsahara-Afrika zur Arbeitsaufnahme in den Ölfeldern und der Bauindustrie Libyens. Das Embargo des UN-Sicherheitsrates 1992 und 2000 gegen das nordafrikanische Land verstärkte diesen Zustrom noch, da die libysche Regierung mit einer panafrikanischen Strategie reagierte und die Zuwanderung vor allem aus Westafrika und dem Horn von Afrika förderte (vgl. de Haas 2008: 1309). Spätestens in diesem Zeitraum geriet Europa als Ziel in das Blickfeld von Migranten aus Subsahara-Afrika, trotz unrechtmäßiger Rücküberführungen von Flüchtlingen durch Italien, „(...) the path from Libya to Italy remained a preferred migrant smuggling route from sub-saharan Africa to Italy and Europe until 2009“ (vgl. Triandafyllidou 2011: 59). Im Mai 2009 erreichte Italien in Verhandlungen mit Libyen, dass die dortige Regierung – bis zu ihrem Sturz 2011 – gegen Zahlung von 5 Mrd. US-Dollar das Ablegen aller Boote mit Flüchtlingen unterband und dass Italien Personen in auf hoher See aufgebrachten Booten nach Libyen zurückführen durfte (vgl. Kasperek 2010: 131). Infolge dieser Vereinbarung sank die Zahl der in Italien ankommenden Flüchtlinge vorübergehend auf 4400 (2010). Seit dem Arabischen Frühling, der im Dezember 2010 in Tunesien begann, wuchs die Zahl erneut beträchtlich, bei stark wechselnder nationaler Zusammensetzung (vgl. Tab. 4). Die Änderungen der drei wichtigsten Herkunftsländer verweisen auf den Beginn von inneren Konflikten (z. B. Tunesien 2011), die Verlagerung oder die Sperrung von Routen als Folge kriegerischer Auseinandersetzungen bzw. gewaltsamer Konflikte wie in Ägypten oder Nigeria (vgl. z. B. die deutlich geringere Zahl von Syrern seit 2015 sowie den Anstieg der Zuwanderung aus Nigeria) oder die Wirksamkeit von Netzwerken und die damit verbundene Nutzung spezifischer Migrationspfade (z. B. Eritrea, Somalia oder Länder im subsaharischen Afrika).

**Tab. 4** Registrierte Flüchtlingsankünfte in Italien nach den drei wichtigsten Herkunftsländer (2010–2016)

Jahr	Länder geordnet nach Bedeutung (Rang 1 bis 3)			Ankünfte insgesamt
2010	Afghanistan 38,6 %	Tunesien 14,8 %	Ägypten 12,5 %	4 400
2011	Tunesien 44,9 %	Nigeria 8,8 %	Horn von Afrika 6,7 %	62 500
2012	Tunesien 20,3 %	Somalia 16,4 %	Afghanistan 13,1 %	13 300
2013	Syrien 26,3 %	Eritrea 22,9 %	Somalia 7,6 %	43 000
2014	Syrien 42,9 %	Eritrea 20,2 %	Mali 5,8 %	170 000
2015	Eritrea 26,8 %	Nigeria 13,9 %	Somalia 7,8 %	153 842
2016	Nigeria 20,7 %	Eritrea 11,7 %	Guinea 7,8 %	181 436

Quelle: [http://unhcr.it/risorse/statistiche/sea-arrivals-to-italy#\\_ga=1.42935589.1688783250.1429520441:cb](http://unhcr.it/risorse/statistiche/sea-arrivals-to-italy#_ga=1.42935589.1688783250.1429520441:cb); Zugriff: 28.12.15; Frontex 2016: Zugriff: 22.03.17

Die Ost-Mittelmeer-Route von der Türkei über die Ägäis oder den Grenzfluss Evros nach Griechenland war bis 2014 der am zweithäufigsten genutzte Migrationskorridor. Von 2008 bis 2014 querten pro Jahr 25 000 bis 60 000 Menschen irregulär die Grenze zu Griechenland. Die große Mehrheit der ankommenden Flüchtlinge nutzte Griechenland als Zwischenstation auf dem Weg nach Italien oder in andere EU-Staaten (vgl. Triandafyllidou 2010: 4).

2015 stieg die Zahl der Flüchtlinge, die über die Ost-Mittelmeer-Route Europa erreichten, im Vergleich zu 2014 um das 17fache auf etwa 855 000 enorm an (vgl. Frontex 2016). Die große Mehrheit stammte aus Syrien, gefolgt von Menschen aus Afghanistan und Somalia. Die West-Balkan-Route wurde mit deutlichem Abstand zum wichtigsten Migrationskorridor Richtung Norden, dessen Ausgangspunkt sich nach dem Bau von Grenzzäunen entlang der griechisch-türkischen Grenze seit 2012 und der bulgarisch-türkischen Grenze seit 2014 auf die griechischen Inseln in der Ägäis verlagerte (vgl. European Commission 2015a: 14). Griechenland wie auch Italien, die in der EU mit der Grenzsicherung bzw. Flüchtlingsaufnahme weitgehend alleingelassen wurden, waren von dieser Größenordnung der Flüchtlingszuwanderung überfordert und ließen die Geflüchteten entgegen der Vereinbarungen von Dublin III teilweise ohne Registrierung weiterziehen (vgl. Angenendt 2015: 15). Diese Notsituation offenbart zugleich, dass das Dublin-System in der politischen Wirklichkeit außer Kraft gesetzt oder sogar bereits gescheitert war. Die Situation in Griechenland eskalierte, als zuerst Ungarn und später weitere Länder in Südost- und Mitteleuropa ihre Grenzen durch den Bau von Zäunen weitgehend undurchlässig machten.

In dieser politischen Krisensituation der EU, die von Überforderung im Umgang mit der großen Zahl von Flüchtlingen, von Uneinigkeit und von mangelnder Solidarität zwischen

den Mitgliedstaaten geprägt war, handelten Vertreter der EU mit der Türkei das EU-Türkei-Abkommen aus, das am 20. März 2016 in Kraft trat. Darin wurde im Wesentlichen „(...) vereinbart, die irreguläre Migration aus der Türkei in die EU zu beenden und sie stattdessen durch legale Wege der Neuansiedlung von Flüchtlingen in der EU zu ersetzen“ (vgl. Internet: [https://ec.europa.eu/germany/news/umsetzung-des-eu-t%C3%BCrkei-abkommens-r%C3%BCckf%C3%BChrungen-und-neuansiedlungen-haben-begonnen\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/umsetzung-des-eu-t%C3%BCrkei-abkommens-r%C3%BCckf%C3%BChrungen-und-neuansiedlungen-haben-begonnen_de); Zugriff: 24.03.17). Ziel war, die Aktivitäten von Schleusern u. a. durch Maßnahmen wie die Rückführung von Asylbewerbern in die Türkei als sicherer Drittstaat bei gleichzeitiger Aufnahme einer entsprechenden Anzahl von Syrern aus türkischen Flüchtlingslagern zu unterbinden und derart auch das Entstehen neuer Migrationsrouten durch die Türkei zu verhindern. Im Gegenzug sagte die EU eine Beschleunigung der Visaliberalisierung für türkische Einwohner zu, die Neubelebung des Beitrittsprozesses der Türkei zur EU sowie Mittel von insgesamt 6 Mrd. Euro zur Unterstützung von Projekten in der Türkei zugunsten von Personen, die vorübergehenden Schutz genießen (vgl. Internet: <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/03/18-eu-turkey-statement/>; Zugriff: 24.03.17).

In der Folge dieses Abkommens verringerte sich 2016 die Zahl der aus der Türkei in Griechenland ankommenden Flüchtlinge auf gut 180 000 (vgl. Frontex 2016), von denen mehr als 80 Prozent Griechenland vor dem 20. März 2016 erreichten. Quantitativ gesehen war das Abkommen also sicherlich ein Erfolg. Aber der Preis ist hoch: Abgesehen von der Abhängigkeit von der Türkei und der unter humanitären Gesichtspunkten fragwürdigen Praxis des Flüchtlings-Tausches bzw. der Selektion bleiben auch die Fluchtursachen vollkommen ungelöst. Dies kommt nicht zuletzt in den mehr als 500 000 irregulären Grenzübertritten in die EU im Jahr 2016 zum Ausdruck (vgl. Internet: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/frontex-2016-weniger-fluechtlinge-in-griechenland-dafuer-mehr-in-italien-insgesamt-503-700-illegale-grenzuebertritte-in-die-eu-a2017253.html>; Zugriff: 24.03.17).

Die Beispiele zeigen, dass die Sicherung der Außengrenze die irreguläre Zuwanderung nicht unterbinden kann. Die diesbezügliche Wirksamkeit hängt beispielsweise zum einen von der Kooperationbereitschaft der benachbarten Drittstaaten (z. B. der Türkei) sowie dem jeweiligen politischen und rechtlichen System ab. Zum andern mindert Grenzsicherung nicht die vielfältigen Ursachen von Flucht und Vertreibung. Die steigende Zahl von Flüchtlingen auf der Zentral-Mittelmeer-Route Richtung Italien verweist auf die instabile Lage in Afrika: Armut, politische Unterdrückung, kriegsartige Auseinandersetzungen, Hungersnot. Zur Vermeidung einer neuerlichen Situation wie 2015 fordert daher der EU-Parlamentspräsident Tajani im Februar 2017, in Libyen Sammelzentren mit einer Grundausstattung und medizinischen Versorgung in Libyen einzurichten sowie einen milliarden schweren Marshallplan für Afrika aufzulegen (vgl. Internet: <http://www.tagesschau.de/ausland/afrika-marshallplan-101.html>; Zugriff: 24.03.17). Die Fragen der Durchsetzbarkeit sowie der rechtlichen, politischen, finanziellen und humanitären Bedingungen dieser Pläne bleiben allerdings weitgehend offen.

Derweil bemüht sich die Europäische Union unter dem Druck der Verhältnisse um konkrete Maßnahmen. Ein Schritt in diese Richtung stellt die im Mai 2015 von der EU-Kommission vorgelegte europäische Migrationsagenda dar (vgl. Europäische Kommission 2015; Bendel 2015). Mit ihr werden zum einen Sofortmaßnahmen und zum anderen strukturelle Schwerpunkte beschlossen bzw. vorgeschlagen.

Die sechs Sofortmaßnahmen haben zum Ziel, möglichst rasch auf krisenhafte Ereignisse reagieren zu können:

1. Die Mittel für Frontex wurden verdreifacht, um sowohl die Sicherung der Grenzen von Mitgliedstaaten als auch die Rettung von Menschenleben auf hoher See zu unterstützen.
2. Zur Bekämpfung krimineller Schleusernetze wurde eine engere Zusammenarbeit von EU-Behörden forciert.
3. Zur Bewältigung der Aufnahme und Betreuung von Personen, die eindeutig internationalen Schutzes bedürfen, schlug die EU-Kommission einen bis heute von mehreren Mitgliedstaaten abgelehnten Schlüssel zu ihrer räumlichen Verteilung auf die Mitgliedstaaten vor. Er berücksichtigt vier Kriterien: die wirtschaftliche Leistungskraft der aufnehmenden Staaten, ihre Einwohnerzahl, die Arbeitslosenquote und die bereits erfolgte Aufnahme von Asylsuchenden.
4. Menschen, die sich nicht in der Europäischen Union aufhalten, aber eindeutig Schutz benötigen, sollen ebenfalls nach diesem Schlüssel auf die EU-Staaten verteilt werden. Die Kommission schlägt hierzu in Abstimmung mit dem UNHCR die Schaffung von 20 000 Plätzen bis 2020 vor.
5. Die Zusammenarbeit mit Drittstaaten hat zum Ziel, Ursachen für Vertreibung und irreguläre Migration zu bekämpfen. Sie umfasst mehrere Projekte: regionale Entwicklungsprogramme, ein multifunktionales, in Kooperation mit IOM und UNHCR betriebenes Zentrum in Niger sowie 3,6 Mrd. Euro, die für humanitäre Zwecke in Syrien wie in den Flüchtlingslagern in den Nachbarstaaten ausgegeben werden sollen.
6. „Hotspots“ an den Außengrenzen von Mitgliedstaaten, die einem hohen Zuwanderungsdruck ausgesetzt sind, sollen der raschen erkennungsdienstlichen Erfassung von Flüchtlingen dienen (vgl. European Commission 2015b).

Die vier von der EU-Kommission definierten strukturellen Schwerpunkte entsprechen im Grundsatz Leitlinien einer gemeinschaftlichen Migrations- und Asylpolitik:

1. Anreize für irreguläre Migration sollen durch die Bekämpfung ihrer Ursachen in den Herkunftsländern sowie von Schleusern und Menschenhändlern reduziert werden. Zudem sollen abgelehnte Asylbewerber in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Dazu werden Vereinbarungen mit Drittstaaten getroffen.
2. Das Grenzmanagement soll weiter ausgebaut werden. Dem dienen beispielsweise die Stärkung der Rolle und der Kapazitäten von Frontex sowie die Einführung EU-weiter Standards der Grenzsicherung.

3. Ein einheitliches Asylsystem ist in der Europäischen Union trotz der Regelungen durch Dublin I-III nicht gegeben. Ziel der angestrebten gemeinsamen Asylpolitik ist daher die Einführung von Kontrollmechanismen zur Umsetzung von einheitlichen Asylvorschriften sowie die Stärkung des Prinzips sicherer Drittstaaten, um den Missbrauch des Asylrechts zu erschweren.
4. Die Steuerung der regulären Migration soll verbessert werden. Diesem Ziel dienen u. a. die Überarbeitung der Richtlinien zur Blue Card sowie zur Visaerteilung.

Die neuen Vorschläge der EU-Kommission zielen auf „(...) eine kohärentere Migrationspolitik unter Verknüpfung der Innen- und Außen-/Entwicklungspolitik (...)“ (vgl. Bendel 2015: 6). Insgesamt zieht sich die Kontrolle der Außengrenzen und die Stärkung von Frontex wie ein roter Faden durch die Vorschläge. Für ein gemeinsames Grenzmanagement scheint unabdingbar, dass die Mitgliedstaaten auch auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten. Doch Grenzmanagement allein beseitigt weder die Ursachen von Flucht noch die drängenden Fragen der Verteilung und Integration von Flüchtlingen innerhalb der Europäischen Union. Für die Beantwortung dieser Fragen und Herausforderungen wird eine weitere Exterritorialisierung der europäischen Migrations- und Asylpolitik, wie sie in Form einer „(...) systematische(n) Koppelung mit entwicklungspolitischen Maßnahmen (...)“ (vgl. Bendel 2015: 7) in den Leitaktionen zum Schwerpunkt „Reduzierung der Anreize für irreguläre Migration“ vorgeschlagen wird (vgl. Europäische Kommission 2015: 13), selbstverständlich bei weitem nicht ausreichen. Vielmehr ist eine gemeinsame und langfristig angelegte europäische Einwanderungs-, Asyl- und Integrationspolitik erforderlich. Dies den politisch Verantwortlichen in aller Deutlichkeit vor Augen zu führen, ist das große Veränderungspotential, das die „Flüchtlingskrise“ für die überfällige Weiterentwicklung der Migrationspolitik birgt.

Bereits heute bietet das europäische Recht genug Handlungsspielraum, um die Verteilung von Asylbewerbern innerhalb der Europäischen Union zu koordinieren: Die Europäische Union hat „(...) im Amsterdam- und Lissabon-Vertrag ausdrücklich gemeinschaftliche Kompetenzen im Bereich Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung verankert. Sie liefern der Union ein starkes Mandat für ein gemeinschaftliches Asylsystem, eine gemeinsame Grenzschutzpolitik und eine gemeinsame Einwanderungspolitik“ (vgl. Weber 2016: 1). Dies kam bei den politischen Verhandlungen, die 2015 fast ausschließlich im Krisenmodus und meist nur um nationale Befindlichkeiten kreisten, zu kurz. Das abwehrende und die Flüchtlingsaufnahme verweigernde Vorgehen einzelner Mitgliedstaaten gefährdet nach Auffassung des Europarechters Albrecht Weber zentrale Werte der Europäischen Union, es sei mit dem europäischen Grundprinzip solidarischen Handelns und „der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten unter den Mitgliedstaaten (Art. 80 AEUV)“ nicht vereinbar (vgl. Weber 2016: 3). Das Dublin-System weise ein fundamentales Defizit auf, „(...) das zwangsläufig zu einer asymmetrischen Kontrolle und Belastung einiger weniger Mittelmeerländer führt (...). Will man diesen permanenten Druck verringern (...), wird dies nur mit der (...) Umverteilung nach Quoten bzw. europäischen humanitären Aufnahmeprogrammen und massiver finanzieller und logistischer Unterstützung vor Ort zu



machen sein“ (vgl. Weber 2016: 5). Mittelfristig scheint kein Weg daran vorbei zu führen, ein europäisches System von Aufnahme- und Verteilungsquoten zu entwickeln, das eine faire Lastenverteilung für alle Mitgliedstaaten vorsieht.

Eine solche Weiterentwicklung der Migrations- und Asylpolitik wird durch die gegenwärtig noch sehr uneinheitlichen Standards bei der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge in den Mitgliedstaaten sowie durch unterschiedliche Wirtschaftslagen erschwert (vgl. Kap. 4). Angenendt (2015: 15) bezweifelt die Wirksamkeit eines schematischen Verteilungsmechanismus, wie ihn die EU-Kommission vorgeschlagen hat (vgl. Europäische Kommission 2015), auch deshalb, weil für Flüchtlinge oft keine Anreize bestehen, an den zugewiesenen Orten zu verbleiben. Sein Vorschlag basiert daher auf einem Finanzausgleich: Länder, die überproportional viele Flüchtlinge aufnehmen, sollten einen Zuschuss aus einem zu bildenden EU-Fonds erhalten.

Wie immer die Aushandlung und Neustrukturierung der europäischen Migrations- und Asylpolitik in den kommenden Jahren aussehen wird: Sie dürfte auch weiterhin nicht unerhebliche Auswirkungen auf die europäische Geographie der Migration haben.

## Literatur

- Alba Monteserin, Susana/Fernández Asperilla, Ana/Martínez Vega, Ubaldo 2013: Crisis económico y nuevo panorama migratorio en España. Colección Estudios 65. Madrid: Centro de la Documentación de las Migraciones de la Fundación 1º de Mayo.
- Angenendt, Steffen 2015: Politische Steuerung der Zuwanderung. Nachrichten. Magazin der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. 45.3, S. 11–17
- Anthias, Floya/Lazaridis, Gabriella (Hrsg.) 2000: Gender and migration in southern Europe: Women on the move. Oxford/New York: Berg
- Bade, Klaus J. 2000: Europa in Bewegung: Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München: Beck
- Bade, Klaus J./Emmer, Pieter C./Lucassen, Leo/Oltmer, Jochen (Hrsg.) 2010: Enzyklopädie Migration in Europa: vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. 3. Aufl. Paderborn/München/Zürich: Ferdinand Schöningh/Wilhelm Fink/Verlag der Neuen Zürcher Zeitung
- BAMF, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2015a): Das Bundesamt in Zahlen 2014. Asyl, Migration und Integration. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- BAMF, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2015b): Aktuelle Zahlen zu Asyl. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- BAMF, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) 2017: Das Bundesamt in Zahlen 2016. Asyl. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Internet: <http://www.bamf.de/DE/Infothek/Publikationen/publikationen-node.html>. Zugriff 21.03.2017
- Barthelt, Franziska/Meschter, Diana/Meyer zu Schwabedissen, Friederike/Pott, Andreas 2015: Internationale Studierende – aktuelle Entwicklungen und Potenziale der globalen Bildungsmigration. Focus Migration. Kurzdossier, September 2015. Internet: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/212090/internationale-studierende>. Zugriff 21.12.2015

- Becker, Jörg 2010: Erdbeerpflücker, Spargelstecher, Erntehelfer: polnische Saisonarbeiter in Deutschland – temporäre Arbeitsmigration im neuen Europa. Bielefeld: Transcript
- Bendel, Petra 2015: Flüchtlingspolitik der Europäischen Union. Menschenrechte wahren. WISO DISKURS 18
- Bonifazi, Corrado 2008: Evolution of regional patterns of international migration in Europe. In: Corrado Bonifazi/Marek Okólski/Jeanette Schoorl/Patrick Simon (Hrsg.): International Migration in Europe: New Trends and New Methods of Analysis. Amsterdam: Amsterdam University Press, S. 107–128
- Boswell, Christina/Geddes, Andrew 2011: Migration and mobility in the European Union. Basingstoke: Palgrave Macmillan
- Carling, Jörgen 2007: Unauthorized migration from Africa to Spain. *International Migration*. 45.4, S. 3–37
- Castles, Stephen/de Haas, Hein/Miller, Mark J. 2014: Age of migration: International population movements in the modern world. 5. Aufl. Basingstoke: Palgrave Macmillan
- Coleman, David 2010: Projections of the Ethnic Minority Populations of the United Kingdom 2006–2056. *Population and Development Review*. 36.3, S. 441–486
- Crul, Maurice 2015: Super-diversity vs. assimilation: How complex diversity in majority-minority cities challenges the assumptions of assimilation. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, (online first), S. 1–15
- de Haas, Hein 2007: Morocco's migration experience: A transitional perspective. *International Migration*. 45.4, S. 39–69
- de Haas, Hein 2008: The myth of invasion. The inconvenient realities of migration to Europe. *Third World Quarterly*. 29.7, S. 1305–1322
- de Lange, Norbert/Geiger, Martin/Hanewinkel, Vera/Pott, Andreas 2014: *Bevölkerungsgeographie*. Paderborn: Ferdinand Schöningh
- El País 1990: España fijará un cupo anual de inmigrantes y exigirá garantías laborales a los extranjeros. 8.12.1990, S. 15
- Elrick, Tim 2008: Netzwerke und ihr Einfluss auf Migrationspolitik. *Focus Migration*. Kurzdossier 11. Internet: <http://www.bpb.de/files/88CQZA.pdf>. Zugriff 01.12.2011
- Ette, Andreas/Sauer, Leonore 2010: *Auswanderung aus Deutschland. Daten und Analysen zur internationalen Migration deutscher Staatsbürger*. Wiesbaden: Springer VS
- Europäische Kommission 2014: Migrations- und Asylpolitik. Ein offenes und sicheres Europa. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. Internet: [http://europa.eu/pol/pdf/flipbook/de/migration\\_de.pdf](http://europa.eu/pol/pdf/flipbook/de/migration_de.pdf). Zugriff: 15.11.2015
- Europäische Kommission 2015: Die europäische Migrationsagenda. Brüssel: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. Internet: [http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/background-information/docs/communication\\_on\\_the\\_european\\_agenda\\_on\\_migration\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/background-information/docs/communication_on_the_european_agenda_on_migration_de.pdf). Zugriff: 5.12.2015
- European Commission (2015a): *A European agenda on migration*. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
- European Commission (2015b): *The hotspot approach to managing exceptional migration flows*. Internet: [http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/background-information/docs/2\\_hotspots\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/background-information/docs/2_hotspots_en.pdf). Zugriff: 15.12.2015
- Fassmann, Heinz 2009: Von jungen und alten Einwanderungsländern: Die Geographie der Europäischen Migration. *Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft* 151. 9–32
- Fassmann, Heinz/Münz, Rainer (Hrsg.) 1996: *Migration in Europa: historische Entwicklung, aktuelle Trends und politische Reaktionen*. Frankfurt/New York: Campus



- Fassmann, Heinz/Münz, Rainer 2000: Vergangenheit und Zukunft der europäischen Ost-West-Wanderung. In: Heinz Fassmann/Rainer Münz (Hrsg.): Ost-West-Wanderung in Europa. Wien: Böhlau, S. 11–45
- Frontex 2016: Migratory routes map. Internet: <http://frontex.europa.eu/trends-and-routes/migratory-routes-map>. Zugriff: 21.03.2017
- Gans, Paul/Schlömer, Claus 2014: Phasen internationaler Migration und ihre Auswirkungen auf Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland seit 1945. In: Paul Gans (Hrsg.): Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration. Forschungsberichte der ARL. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, S. 127–161
- Gans, Paul/Schmitz-Veltin, Ansgar/West, Christina 2015: Bevölkerungsgeographie. Braunschweig: Bildungshaus Schulbuchverlage Westermann, Schroedel, Diesterweg, Schönigh, Winklers. 2. aktualisierte und neu bearbeitete Auflage
- Gans, Paul/West, Christina 2004: Bevölkerungsentwicklung und Migration: „re“-Reconquista Spaniens? In: Rolf Monheim (Hrsg.): Transkontinentale Migration im Mittelmeerraum. Bayreuther Geowissenschaftliche Arbeiten 24. Bayreuth: Naturwissenschaftliche Gesellschaft Bayreuth e. V., S. 27–44
- Geiger, Martin 2006: The Province of Almería (Spain) – Mirror and migratory laboratory of Europe. Migration online. Internet: [http://aa.ecn.cz/img\\_upload/f76c21488a048c95bc0a5f12dece153/MGeiger\\_Province\\_of\\_Almeria.pdf](http://aa.ecn.cz/img_upload/f76c21488a048c95bc0a5f12dece153/MGeiger_Province_of_Almeria.pdf). Zugriff 24.11.2015
- Geiger, Martin 2011: Europäische Migrationspolitik und Raumproduktion. Internationale Regierungsorganisationen im Management von Migration in Albanien, Bosnien-Herzegowina und der Ukraine. Baden-Baden: Nomos
- Gruner-Domić, Sandra 2007: Vietnamesische, mosambikanische und kubanische Arbeitswanderer in der DDR seit den 1970er Jahren. In: Klaus J. Bade/Pieter C. Emmer/Leo Lucassen/Jochen Oltmer (Hrsg.): Enzyklopädie Migration in Europa: vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Paderborn/München: Ferdinand Schöningh/Wilhelm Fink, S. 1078–1081
- Hunn, Karin 2005: „Nächstes Jahr kehren wir zurück...“: Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik. Göttingen: Wallstein
- International Organization for Migration 2010: World Migration Report 2010. Geneva: IOM
- Jahn, Daniela/Maurer, Andreas/Oetzmann, Verena/Riesch, Andrea 2006: Asyl- und Migrationspolitik der EU. Ein Kräftespiel zwischen Freiheit, Recht und Sicherheit. Diskussionspapier der FG1. 2006/9. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik
- Kasperek, Bernd 2010: Borders and population in flux. Frontex's place in the European Union's migration management. In: Martin Geiger/Antoine Pécoud (Hrsg.): The politics of international migration management. London: Palgrave Macmillan, S. 119–140
- King, Russell 1996: Migration and development in the Mediterranean region. Geography 81. 1, S. 89–106
- King, Russell 2000: Southern Europe in the changing global map of migration. In: Russell King (Hrsg.): Eldorado or fortress? Migration in Southern Europe. Basingstoke: Macmillan, S. 3–26
- King, Russell 2002: Towards a new map of European migration. International Journal of Population Geography 8. 2, S. 89–106
- King, Russell/Vullnetari, Julie 2003: Migration and Development in Albania. Working Paper. Sussex: Sussex Centre for Migration Research
- King, Russell/Black, Richard/Collyer, Michael/Fielding, Anthony/Skelton, Ronald 2010: The atlas of human migration: Global patterns of people on the move. London: Earthscan
- Klepp, Silja 2008: Zwischen Skylla und Charybdis. Der Weg der Flüchtlinge von Libyen nach Europa. Geographische Rundschau 60. 6, S. 48–52
- Koser, Khalid/Lutz, Helma 1998: The new migration in Europe: Social constructions and social realities. Basingstoke: Macmillan

- Lavenex, S. 2009 Europäische Union. Focus MIGRATION. Länderprofil Europäische Union 17. Internet: [http://focus-migration.hwwi.de/typo3\\_upload/groups/3/focus\\_Migration\\_Publikationen/Laenderprofile/LP\\_17\\_EU.pdf](http://focus-migration.hwwi.de/typo3_upload/groups/3/focus_Migration_Publikationen/Laenderprofile/LP_17_EU.pdf)
- Mammey, Ulrich/Swiaczny, Frank 2001: Aussiedler. In: Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Bevölkerung. Heidelberg/Berlin: Spektrum Akademischer Verlag, S. 132–135
- Montaneri, Armando/Cortese, Antonio 1993: South to north migration in a Mediterranean perspective. In: Russell King (Hrsg.): Mass migrations in Europe: The legacy and the future. London: Belhaven, S. 212–233
- OECD 2010: International Migration Outlook: Sopemi 2010. Paris: OECD Publishing
- OECD 2014: Internationaler Migrationsausblick 2014. Gekürzte Ausgabe. Paris: OECD Publishing
- Okólski, Marek 2004: The effects of political and economic transition on international migration in Central and Eastern Europe. In: Douglas S. Massey/Edward J. Taylor (Hrsg.): International migration: Prospects and policies in a global market. Oxford: Oxford University Press, S. 35–58
- Oltmer, Jochen 2011: Deutschland als Einwanderungsland. Historische Perspektiven und aktuelle Problemlagen. In: Roland Löffler (Hrsg.): Nationale Identität und Integration. Herausforderungen an Politik und Medien in Frankreich und Deutschland. 14. Konferenz 'Dialog der Kulturen'. Freiburg i.Br.: Herder, S. 31–47
- Oltmer, Jochen 2015: Einführung: Migrationskontinent Europa. In: Deutsches Kulturforum östliches Europa (Hrsg.): Nach Übersee. Deutschsprachige Auswanderer aus dem östlichen Europa um 1900 (Potsdamer Bibliothek östliches Europa: Geschichte). Potsdam: Deutsches Kulturforum östliches Europa, S. 8–25
- Popp, Maximilian 2014: Europas tödliche Grenzen. Der Spiegel 36.2014. 49–56. Internet: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-129086809.html>. Zugriff: 20.12.2015
- Poutignat, Philippe/Streif-Fénart, Jocelyn 2010: Migration policy development in Mauretania: Process, issues and actors. In: Martin Geiger/Antoine Pécoud (Hrsg.): The politics of international migration management. London: Palgrave Macmillan, S. 202–219
- Praszałowicz, Dorota 2007: Polen. In: Klaus J. Bade/Pieter C. Emmer/Leo Lucassen/Jochen Oltmer (Hrsg.): Enzyklopädie Migration in Europa: vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Paderborn/München: Ferdinand Schöningh/Wilhelm Fink, S. 258–271
- Rass, Christoph 2010: Institutionalisierungsprozesse auf einem internationalen Arbeitsmarkt: bilaterale Wanderungsverträge in Europa zwischen 1919 und 1974. Paderborn: Schöningh
- Revista de la Prensa 2000: Detenidos 452 inmigrantes en la mayor avalancha registrada en sólo un día. Nov. de 2000.1
- Santel, Bernhard 1995: Migration in und nach Europa: Erfahrungen, Strukturen, Politik. Opladen: Leske+Budrich
- Supik, Linda 2014: Statistik und Rassismus. Das Dilemma der Erfassung von Ethnizität. Frankfurt am Main: Campus
- Triandafyllidou, Anna 2010: Controlling migration in southern Europe (Part 1): Fencing strategies. Area: Demography, population and international migrations. ARI 7/2010. 1–6
- Triandafyllidou, Anna 2011: Migration policy in Southern Europe: Challenges, constraints and prospects. In: A strategy for Southern Europe. Special Report. London: LSE-Ideas. 54–63
- Vertovec, Steven 2007: Super-diversity and its implications. Ethnic and Racial Studies 30. 6, S. 1024–1054
- Weber, A. 2016: Die rechtlichen Grenzen der Steuerung von Flüchtlingszuwanderung in der Europäischen Union. Stellungnahme für den Rat für Migration (Januar 2016). 1–9. Internet: <http://rat-fuer-migration.de>. Zugriff: 09.01.2016
- Wehrhahn, R. 2016: Bevölkerung und Migration. In: Tim Freytag/Hans Gebhardt/Ulrike Gerhard/Doris Wast-Walter (Hrsg.): Humangeographie kompakt. Berlin/Heidelberg: Springer Spektrum, S. 39–66

Handbuch Lokale Integrationspolitik

Gesemann, F.; Roth, R. (Hrsg.)

2018, IX, 894 S. 67 Abb. in Farbe., Hardcover

ISBN: 978-3-658-13408-2